

Universität Hildesheim

Fachbereich 3: Sprach- und Informationswissenschaften

Institut für Übersetzungswissenschaft und Fachkommunikation

Verständliche Fachkommunikation.

Exemplarische Analyse eines juristischen Ratgebers in Leichter Sprache

Bachelorarbeit von Finja Rathjens

Im BA-Studiengang „Internationale Kommunikation und Übersetzen“

6. Fachsemester

Matrikelnummer 241921

Abgabedatum 02. März 2017

1. Betreuerin: Prof. Dr. Christiane Maaß
2. Betreuerin: Dr. phil. Kristina Bedijs

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	2
Tabellenverzeichnis	3
1 Einleitung.....	4
2 Problematik der Verständlichkeit in der Fachkommunikation	6
2.1 Fachkommunikation und Fachsprache als Barriere	6
2.1.1 Definition Fachkommunikation und Fachsprache	6
2.1.2 Fachexterne Kommunikation und ihre Barrieren.....	7
2.1.3 Eigenschaften der Rechtssprache.....	8
2.2 Verständlichkeit.....	10
3 Leichte Sprache.....	13
3.1 Konzept.....	13
3.2 Adressatenschaft	14
3.3 Leichte Sprache im Kontext von Kritik und Stigma	15
4 Methodik und Untersuchungsgegenstand	18
5 Analyse	22
5.1 Zeichenebene	22
5.1.1 Zur Zeichenebene	22
5.1.2 Befunde	23
5.2 Wortebene	24
5.2.1 Zur Wortebene	24
5.2.2 Befunde	26
5.3 Satzebene	27
5.3.1 Zur Satzebene.....	27
5.3.2 Befunde	29
5.4 Textebene und Textsorte	32
5.4.1 Zur Textebene und Textsorte	32
5.4.2 Befunde	36
5.5 Darstellungsebene	38
5.5.1 Zur Darstellungsebene	38
5.5.2 Befunde	40
5.6 Synthese	45
6 Zusammenfassung und Ausblick	48
7 Quellenverzeichnis.....	49
8 Anhang.....	53
Eidesstattliche Erklärung	65

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht Befunde je Ebene	45
Abbildung 2: Klassifizierung der Befunde	46

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Fehlerkategorien Zeichenebene/Wortebene/Satzebene/Textebene	21
Tabelle 2: Fehlerkategorien Darstellungsebene	21
Tabelle 3: Vergleich Wortanzahl von Ausgangs- und Zieltext	34

1 Einleitung

„Nur etwa jeder vierte Erwachsene in Deutschland hat seine Angelegenheiten für den Fall einer möglichen lebensbedrohlichen Erkrankung oder eines schweren Unfalls geordnet“ (Wenig 2016: 10). Mit dieser Aussage wird im Thementeil des Hamburger Abendblatts Bezug auf die mangelnde Inanspruchnahme rechtlich verbindlicher Vorsorgemaßnahmen in der deutschen Bevölkerung genommen. Laut einer repräsentativen Umfrage des Gesundheitsmagazins Apotheken Umschau (2016), „durchgeführt von der GfK Marktforschung Nürnberg bei 1.969 Frauen und Männern ab 14 Jahren“, haben nur 24,9 % eine Vorsorgevollmacht errichtet, in der sie festlegen, wer sie in wichtigen Angelegenheiten vertreten soll, wenn sie dazu gesundheitlich nicht mehr in der Lage sein sollten. Diese niedrige Prozentzahl begründet sich laut Apotheken Umschau (2015) zum einen in dem Glauben an einen Rechtsirrtum, nach dem die nächsten Angehörigen beispielsweise infolge eines Unfalls automatisch stellvertretend für den Betroffenen entscheiden können. Zum anderen führt Wenig (2016: 10) die fehlende Sensibilisierung für diese Thematik als Grund an. Um die Bevölkerung entsprechend aufzuklären, werden u.a. von den Ministerien vermehrt Informationsangebote zur Verfügung gestellt, die allerdings einen Teil der Bevölkerung nicht erreichen: Menschen mit beeinträchtigter Lesefähigkeit können auf diese Texte nicht selbstständig ohne die Hilfe Dritter zugreifen. Fachsprachliche Texte stellen für sie eine schwer zu überwindende Verständnisbarriere dar.

Das vor diesem Hintergrund interessante Konzept *Leichte Sprache* zielt darauf ab, „sprachliche Hürden für diejenigen abzubauen, die Alltags- oder auch Fachsprachen (etwa "Amtsdeutsch", Wissenschaftssprachen) nicht oder nur schwer verstehen“ (Öztürk 2014). Im Zuge der voranschreitenden Entwicklung zu mehr sprachlicher Barrierefreiheit hat dieses Konzept Aufschwung erfahren und inzwischen auch in der Fachkommunikation Einzug gehalten. So wurde beispielsweise vom Niedersächsischen Justizministerium in einem 2013 gestarteten Pilotprojekt eine Auswahl an Texten in Leichte Sprache übersetzt (Nds. Justizministerium o.J.).

In den letzten Jahren ist die Professionalisierung der Übersetzungspraxis in Leichte Sprache entscheidend vorangeschritten. In diesem Zusammenhang ist das Regelwerk der Forschungsstelle Leichte Sprache entstanden, das konkrete Umsetzungsempfehlungen für eine einheitliche Anwendung enthält. Die vorliegende Bachelorarbeit folgt der Hypothese, dass die Anwendung der Regelvorschläge der Leichten Sprache die Verständlichkeit von Texten erhöht. Im Zuge dessen soll im Nachfolgenden die Überprüfung eines im Rahmen des Pilotprojekts übersetzten

juristischen Ratgebers hinsichtlich der Konformität mit eben diesem Regelwerk erfolgen. Zu diesem Zweck wird sich auf die „Qualitative Inhaltsanalyse“ nach Mayring gestützt.

Grundsätzlich gliedert sich die Arbeit in zwei Teile. Der erste Teil soll die theoretische Grundlage für die anschließend folgende Analyse bilden. Dazu werden in einem ersten Schritt die Herausforderungen fachexterner Kommunikation im Rechtskontext beleuchtet, woraufhin ein Blick auf die Verständlichkeitsforschung Aufschluss darüber gibt, welche Faktoren bei der Gestaltung verständlicher Texte Beachtung finden müssen. Im Anschluss wird das Konzept Leichte Sprache und seine Adressatenschaft¹ vorgestellt. In diesem Zuge wird kritisch betrachtet, wie auf das Stigmatisierungspotenzial der Leser von Leichte-Sprache-Texten eingegangen werden kann. Der Durchführung der Analyse im fünften Kapitel wird eine kurze Vorstellung des Untersuchungsgegenstandes vorangestellt. Anschließend werden die gefundenen Schwachstellen auf den einzelnen Ebenen des Sprachsystems aufgezeigt und in einem letzten Schritt quantitativ ausgewertet. Aus diesen Ergebnissen wird abgeleitet, welche Schritte unternommen werden können, um den Ratgeber gemäß der Leichten Sprache noch zugänglicher zu machen.

¹ Gemeint sind stets beide Geschlechter. Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf die Nennung beider Formen verzichtet.

2 Problematik der Verständlichkeit in der Fachkommunikation

2.1 Fachkommunikation und Fachsprache als Barriere

2.1.1 Definition Fachkommunikation und Fachsprache

Fachkommunikation bezeichnet einen bestimmten Ausschnitt der Kommunikation, den Schubert wie folgt definiert:

„Die Fachkommunikation umfasst zielgerichtete, informative, mit optimierten Kommunikationsmitteln ausgeführte einsprachige und mehrsprachige mündliche und schriftliche Kommunikationshandlungen fachlichen Inhalts, die von Menschen in Ausübung ihrer beruflichen Aufgaben ausgeführt werden.“ (Schubert 2007: 210)

Zentral für die Beschreibung der Fachkommunikation ist dabei die Bindung an einen professionellen Kontext bzw. Beruf, die bereits einen Ausblick auf die ausführenden Personen gibt: Es handelt sich dabei um Fachleute bzw. Experten, „[die] über disziplinär strukturiertes Fachwissen verfüg[en]“ (Bromme et al. 2004: 114).

Fachkommunikation bedient sich als Kommunikationsmittel der Fachsprache (Schubert 2007: 204), die von Möhn und Pelka (1984: 26) als eine „Variante der Gemeinsprache“ beschrieben wird, „[die] durch eine spezifische Auswahl und Nutzung sprachlicher Mittel in morphologischer, lexikalischer, syntaktischer und textlicher Hinsicht charakterisiert ist“. Sie gebraucht zum einen gemeinsprachliche Mittel, verfügt aber zum anderen über einen spezifischen Fachwortschatz, der den Erfordernissen des Faches Rechnung trägt (Fluck 1996: 12). Dieses Repertoire einer Vielzahl an Begriffen sowie ihrer standardisierten Benennungen und Definitionen ist allen Experten des Bereichs gemein. Auf diese Weise schafft der Fachwortschatz die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis und gewährleistet eine möglichst ökonomische Verständigung in einem bestimmten Tätigkeitsbereich (Hoffmann 1985: 53).

Angesichts der großen Summe an Fächern existieren heute verschiedene Fachsprachen, die untereinander unterschiedlich große Überschneidungsbereiche aufweisen (Möhn/Pelka 1984: 26). Über die Zeit betrachtet, ist eine zunehmende Spezialisierung und Aufgliederung der einzelnen Fächer zu beobachten (Fluck 1996: 37), was zu einer immer weitergehenden Ausdifferenzierung innerhalb der einzelnen Fachsprachen führt (Eckardt 2000: 8). Laut Fluck (1996: 37) hat diese Entwicklung ein „Kommunikationsproblem ersten Ranges“ hervorgerufen: Zeitgleich würden sich auch die Spezialvokabulare der einzelnen Fachbereiche stark vermehren. Das Resultat ist die Entstehung gewisser Verständnisbarrieren, welche die beteiligten Kommunikationspartner am Informationsaustausch hindern.

2.1.2 Fachexterne Kommunikation und ihre Barrieren

Fachsprache dient in erster Linie der Kommunikation von Experten, doch können Situationen entstehen, in denen Laien in die Kommunikation eingebunden werden, da zahlreiche Fächer, wie beispielsweise der medizinische Bereich, Bedeutung für die allgemeine Bevölkerung besitzen.

Charakteristisch für die sogenannte „fachexterne Kommunikation“ (Möhn/Pelka 1984: 150) ist laut Bromme et al. (2004: 114) „eine systematische Wissensasymmetrie“ der eingebundenen Kommunikationspartner. Im Gegensatz zu den Experten verfügen die Laien über deutlich weniger Wissen in Bezug auf die in der Kommunikationssituation besprochene Thematik. Um dennoch eine erfolgreiche Verständigung zu ermöglichen, müssen die Experten dazu fähig sein, „fachliche Inhalte in sachlich angemessener und sprachlich verständlicher Form darzustellen“ (Möhn/Pelka 1984: 151) bzw. prägnant ausgedrückt ihr „Fachwissen laiengemäß [zu] vermitteln“ (Warnke 2001: 195).

Nach der psycholinguistischen Kommunikationstheorie von Herbert H. Clark bringen Experten und Laien zwei individuelle kognitive Bezugsrahmen mit, die in der Kommunikationssituation aufeinandertreffen (Bromme et al. 2004: 116). Dieser subjektive Rahmen umfasst zum einen Aspekte wie das Vorwissen, aber auch beispielsweise die aktuelle Wahrnehmung in der konkreten Situation (Bromme/Jucks 2014: 240). Für eine erfolgreiche Verständigung müssen diese Rahmen in einem für das Erreichen des Kommunikationsziels erforderlichen Maße zur Deckung gebracht werden (Bromme et al. 2004: 116). Dieser Überschneidungsbereich („common ground“) stellt die gemeinsame Wissensgrundlage dar, die im speziellen Fall der Experten-Laien-Kommunikation aufgrund des Wissensungleichgewichts sehr klein ausfällt (Bromme/Jucks 2014: 240). Über die tatsächliche Beschaffenheit des Bezugsrahmens der Kommunikationspartner können allerdings nur Vermutungen angestellt werden. Dieser Prozess ist ausschlaggebend für den Erfolg der Kommunikation: Wird das Vorwissen falsch eingeschätzt und werden von den Experten beispielsweise Fachbegriffe oder -konzepte ohne ausreichende Erklärung verwendet, sind negative Auswirkungen auf die Verständlichkeit zu erwarten (Kercher 2013: 36).

Auf der anderen Seite müssen die Experten jedoch auch ihre eigenen Interessen wahren: Die Kommunikation muss trotz an die Laien angepasster Ausdrucksweise sachgemäß gestaltet werden (Biere 1998: 403). Die fachexterne Kommunikation präsentiert sich folglich als besonders anfällig für das Auftreten von Kommunikationsbarrieren.

In Bezug auf Leichte Sprache erfolgt die Experten-Laien-Kommunikation in der Regel indirekt, d.h. in Form schriftlicher Texte (Möhn/Pelka 1984: 152). Hinsichtlich des juristischen Kontexts, aus dem der Untersuchungsgegenstand stammt, präsentiert sich ein Großteil der Leser von Leichte-Sprache-Texten durch ein gering ausgeprägtes Vorwissen als Laie, der darüber hinaus noch zahlreiche weitere Bedürfnisse besitzt, da sich neben dem jeweiligen Diskurswissen auch das Sprachwissen als defizitär erweist (Rink 2016: 262). Rink (ebd.) stellt fest, dass diese Personengruppen in der Experten-Laien-Kommunikation bisher kaum Berücksichtigung gefunden haben. Da aber auch sie Teil verschiedener fachlicher Diskurse sind, fordert Rink (2016: 262), diese in die Betrachtung aufzunehmen.

Bei Übersetzungen in Leichte Sprache nimmt der Übersetzer die Rolle des Kommunikationsexperten ein (Rink 2016: 264). Da der „common ground“ zwischen Textproduzenten und Adressaten des Zieltexts im Vergleich zu den Adressaten des Ausgangstexts deutlich kleiner ausfällt, kommt ihm die Aufgabe zu, unter Absprache mit den Auftraggebern adressatengerechte Texte zu erstellen, die zusätzliche Informationen und Erläuterungen enthalten, um auf diese Weise den „common ground“ entsprechend zu erweitern (Rink 2016: 263).

2.1.3 *Eigenschaften der Rechtssprache*

Bei der Rechtssprache² handelt es sich um eine Fachsprache, die in einem großen Maße die Öffentlichkeit betrifft und sich somit in der Konstellation Experte/Laie abspielt. Fuchs-Khakhar (1987: 47) weist auf die Notwendigkeit hin, dass Rechtssprache aus diesem Grund nicht nur fachgerecht, sondern auch allgemeinverständlich sein muss. Dass dieser Bereich in der Realität häufig erhebliche Mängel aufweist, zeigt eine repräsentative Befragung von Eichhoff-Cyrus et al. (2009: 6), bei der 61 % der Befragten angaben, „häufig“ oder „ab und zu“ Verständnisprobleme bei Schreiben von Ämtern, Behörden, Gerichten oder Anwaltskanzleien zu haben.

In Kapitel 2.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich diese Probleme in erster Linie in dem Vorhandensein eines Fachwortschatzes begründen. Grundsätzlich kann der juristische Kontext der Expertenkultur zugeordnet werden: Es handelt sich um einen „innerfachlichen Diskurs der höchsten Fachlichkeitsstufe“ (Forschungsstelle Leichte Sprache o.J.), der sich ebenfalls einer spezifischen Terminologie bedient. Die Termini dieses Wortschatzes präsentieren sich häufig als morphologisch komplex

² Der Begriff „Rechtssprache“ soll in dieser Arbeit im Sinne von Fuchs-Khakhar (1987: 2) als Oberbegriff verstanden werden, unter dem alle Sprachvarianten von Texten mit rechtlicher Bedeutung subsumiert werden.

(Bsp.: „ärztliches Sachverständigengutachten“, AT³: 32), um die dahinter verborgenen komplexen Sachverhalte abzubilden, die von Laien ohne entsprechendes Fachwissen nicht eingeordnet werden können.

Dem gegenüberzustellen ist die Verwendung von Begriffen aus der Gemeinsprache, hinter denen sich allerdings den Laien unbekannte juristische Fachbedeutungen verbergen, was laut Fuchs-Khakhar (1987: 40) als zentrale Quelle für Verständnisprobleme klassifiziert werden kann. Warnke (2001: 203) führt in seinen Betrachtungen zur Schwerverständlichkeit deutscher Gesetzestexte die Beispiele „Besitz“ und „Eigentum“ an. Während diese Begriffe von Laien häufig synonym verwendet werden, „bedeutet ‚Besitz‘ [im juristischen Verständnis] die tatsächliche Sachherrschaft und setzt ein Rechtsverhältnis nicht voraus, während ‚Eigentum‘ die rechtliche Herrschaftsgewalt über eine Sache bedeutet, die es dem Eigentümer ermöglicht, über eine Sache zu verfügen“ (Warnke 2001: 203). Diese Synonymverwendung kann zu Missverständnissen zwischen den beteiligten Kommunikationspartnern führen, was u.U. rechtliche Probleme oder finanzielle Nachteile nach sich ziehen kann.

Des Weiteren lassen sich auch in Bezug auf die Syntax zahlreiche quantitative Besonderheiten der deutschen Fachsprachen im Vergleich zur Gemeinsprache beobachten (Roelcke 2010: 86), die auch in juristischen Fachtexten stark ausgeprägt sind. Als ein wesentliches Merkmal nennt Fuchs-Khakhar (1987: 42f.) die „Tendenz zur Nominalisierung“, die der Begriffsklarheit bzw. einer ökonomischen Ausdrucksweise dienen soll. Im nachfolgenden Beispielsatz, der dem Ausgangstext entstammt, können drei Nominalisierungen identifiziert werden:

„Auch die bevollmächtigte Person bedarf jedoch bei bestimmten höchstpersönlichen Eingriffen einer Genehmigung durch das Betreuungsgericht – so liegt es bei der Einwilligung in eine risikoreiche Heilbehandlung sowie das Unterbleiben oder den Abbruch medizinischer lebenserhaltender Maßnahmen, wenn sich die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt und die bevollmächtigte Person über den Willen der Vollmachtgeberin bzw. des Vollmachtgebers nicht einigen können.“ (AT: 13f.; Hervorhebung F.R.)

Roelcke (2010: 87) weist darauf hin, dass statt der „ausdrucksökonomischen Form“ in den meisten Anwendungsfällen die kommunikative Funktion der Anonymität im Vordergrund steht. Die Umformung in nominale Ausdrücke bewirke eine Abstraktion der Personen bzw. Gegenstände, auf die in den Äußerungen verwiesen werde (ebd.).

³ AT bezeichnet im Rahmen dieser Arbeit den Ausgangstext (im Literaturverzeichnis Niedersächsisches Justizministerium 2015a).

Zu diesem Zweck wird laut Fuchs-Khakhar (1987: 43) zudem häufig von einem „passivische[n], unpersönliche[n] Stil“ Gebrauch gemacht.

Eckardt (2000: 33) ergänzt Funktionsverbgefüge in Verbindung mit einer Sinnentleerung der Verben als weiteres Mittel, das zum „Ausbau einzelner Satzglieder“ führe und somit in einer Erhöhung der „Satzkomplexität“ resultiere (Roelcke 2010: 88). Die im Vergleich zur Gemeinsprache „größere Satzlänge“ sei zudem auf zahlreiche „Schachtelsätze“ (ebd.) sowie Aufzählungen (Fuchs-Khakhar 1987: 42) zurückzuführen. Als Beispiel kann hier die Phrase „bestimmte höchstpersönliche Eingriffe“ dienen, die anhand von Beispielen in Form einer Aufzählung näher erläutert wird.

2.2 Verständlichkeit

Die Darstellung der charakteristischen Merkmale der Rechtssprache zeigt deutlich, wodurch Kommunikationsbarrieren entstehen können. Die Zielsetzung des Konzepts Leichte Sprache besteht darin, Informationen in besonders verständlicher Form aufzubereiten. Ein Blick in die Lesbarkeits- und Verständlichkeitsforschung gibt Aufschluss darüber, welche Faktoren bei der Erstellung verständlicher Texte grundsätzlich Berücksichtigung finden müssen.

In der klassischen Lesbarkeitsforschung rückt der Text bzw. seine Oberflächenstruktur in den Betrachtungsfokus. Um die Lesbarkeit messbar zu machen, wurden in ersten Ansätzen objektiv auszählbare Textmerkmale in Verbindung mit verschiedenen Aspekten der Lesbarkeit gebracht (Groeben/Christmann 1989: 166). Als Beispiel kann hier die Auswirkung der Wortlänge auf die Lesegeschwindigkeit genannt werden. Auf Grundlage der Erkenntnis, dass vor allem die Wort- und Satzkomplexität einen entscheidenden Einfluss auf die Lesbarkeit von Texten ausübt, wurden im Laufe der Zeit verschiedene Indizes zur formalen Bestimmung der Lesbarkeit erstellt (Groeben/Christmann 1989: 167).

Groeben (1982: 173) ordnet die Lesbarkeitsforschung als Vorstufe der Verständlichkeitsforschung ein, da – im Hinblick auf die Verständlichkeit – zentrale Dimensionen wie der Inhalt und der Textaufbau ausgeklammert werden. Diese Frageperspektiven finden im Untersuchungsspektrum der Verständlichkeitsforschung Beachtung (Groeben 1982: 188). Populär ist in diesem Zusammenhang das Hamburger Verständlichkeitsmodell der Psychologen Langer, Schulz von Thun und Tausch, die in einem empirisch-induktiven Ansatz vier Verständlichkeitsdimensionen identifizierten: „Einfachheit“, „Gliederung/Ordnung“, „Kürze/Prägnanz“ sowie „anregende Zusätze“ (Langer et al. 2011: 21).

Warnke (2001: 199f.) prüft die Anwendbarkeit dieses Modells auf Rechtstexte und stellt dabei fest, dass den verschiedenen Dimensionen in Abhängigkeit von der „kommunikativen Domäne“ unterschiedlich viel Bedeutung zukommt. In Bezug auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, der dem juristischen Kontext entstammt, spielen „anregende Zusätze“, die den Text interessant und abwechslungsreich gestalten sollen, keine Rolle (Bredel/Maaß 2016a: 134). Stattdessen steht vor allem der Punkt „Einfachheit“ im Vordergrund. Darunter verstehen Langer et al. (2011: 22) beispielsweise die Verwendung einfacher Sätze und die Erklärung von Fremdwörtern. Auch die Dimension „Gliederung/Ordnung“ ist hier relevant, da insbesondere die Leser von Texten in Leichter Sprache auf eine klare Struktur angewiesen sind, die durch eine sinnvolle Reihenfolge sowie Mittel wie Überschriften und Hervorhebungen gewährleistet wird (Langer et al. 2011: 24). Des Weiteren ist der Aspekt „Kürze/Prägnanz“ nur eingeschränkt auf den Zieltext anwendbar. Dies ist auf die mangelnde Berücksichtigung der „Verstehensvoraussetzungen“ der Leserschaft im Hamburger Modell zurückzuführen, die Bredel und Maaß (2016a: 135) als eindeutige Schwäche identifizieren.

In den neueren Verständlichkeitsmodellen, wie dem von Jan Kercher (2013) entwickelten Modell, werden die Textrezipienten in die Betrachtung miteinbezogen. Berücksichtigung finden dabei u.a. ihre Sprach- und Lesekompetenz, ihre Verarbeitungsgeschwindigkeit sowie ihr themenbezogenes Vorwissen (Kercher 2013: 155). Dieser letzte Punkt ist besonders relevant, da der Grad des vorausgesetzten Wissens bei juristischen Texten sehr hoch ist (Warnke 2001: 201). Dies steht im Gegensatz zu den Voraussetzungen der primären Adressaten Leichter Sprache, die ein tendenziell schwach ausgeprägtes Welt- und Diskurswissen an die Lektüre herantragen. Die Anforderung an Übersetzungen in Leichter Sprache besteht nun darin, dieses mangelnde Hintergrundwissen zu kompensieren, indem das entsprechende Wissen in geeigneter Form bereitgestellt wird.

Bei Leichter Sprache steht in Bezug auf den Begriff Verständlichkeit folglich vor allem die Adressatenorientierung im Vordergrund. Der Blick muss vom Text selbst gelöst und verstärkt auf die Textrezipienten gerichtet werden.

Im Zusammenhang mit Leichter Sprache muss zudem berücksichtigt werden, dass der Perzeption als „Voraussetzung für alle weiteren Verarbeitungserfordernisse“ (Bredel/Maaß 2016a: 118) eine besondere Bedeutung zukommt. Da die Adressatenschaft aufgrund ihrer gering ausgeprägten Lesepraxis über begrenzte Perzeptionsleistungen verfügt, ergeben sich besondere Herausforderungen an die visuelle Gestaltung der Texte. Die typografische Gestaltung sowie das Layout von

Leichte-Sprache-Texten muss entsprechend angepasst werden, um eine gute Wahrnehmbarkeit für die Rezipienten zu erzielen. Wie diese Anforderungen im Zieltext Anwendung finden, soll in Kapitel 5 näher erläutert werden.

3 Leichte Sprache

3.1 Konzept

Bei dem Konzept Leichte Sprache handelt es sich um eine „Varietät des Deutschen“, die zum einen durch eine starke Reduktion von Syntax und Wortschatz und zum anderen durch „eine Reduktion mit Bezug auf das Weltwissen, das für die Lektüre vorausgesetzt wird“, charakterisiert ist (Maaß 2015: 11f.).

Ihr Ursprung liegt in der US-amerikanischen Empowerment-Bewegung „People First“, die sich in den 1970er Jahren formierte (Kellermann 2014: 8). Innerhalb Europas stellten vor allem die skandinavischen Länder Vorreiter dar, bevor das Konzept im Jahre 1997 durch die Gründung des ersten offiziellen Netzwerks von Menschen mit Lernschwierigkeiten auch in Deutschland Einzug hielt (ebd.). In den Folgejahren haben unterschiedliche Organisationen aus der Praxis heraus eigene Regelwerke⁴ entwickelt, in denen Empfehlungen zur Aufbereitung verständlicher Texte niedergeschrieben wurden.

Diese Regelwerke werden zwar häufig als „Arbeitsgrundlage“ für die Übersetzung in Leichte Sprache genutzt, weisen allerdings aufgrund sehr allgemeiner Formulierungen (Bsp. „Verwendung kurzer Wörter“) und fehlender Handlungsanweisungen erhebliche Schwächen hinsichtlich der Übersetzungspraxis auf (Maaß 2015: 10). Im Hinblick auf die Zielsetzung der Erarbeitung „wissenschaftlich fundierte[r] und ausführliche[r] Regeln für Übersetzer(innen)“ (Bredel/Maaß 2016b: 24) stellte das 2015 veröffentlichte Regelbuch von Christiane Maaß einen entscheidenden Entwicklungsschritt dar. In dieser speziell für Übersetzer aufbereiteten Publikation wurden die bisher aufgestellten Regelvorschläge „auf sprachwissenschaftlicher Grundlage systematisiert und überarbeitet“ (Maaß 2015: 9). Dieses Regelwerk soll auch im Rahmen dieser Arbeit als Grundlage dienen und wird in der in Kapitel 5 erfolgenden Analyse näher beleuchtet. Seit 2016 kann zudem auf ein Grundlagenwerk für Leichte Sprache zugegriffen werden: den Duden Leichte Sprache. Mit Blick auf die Zukunft steht nun die empirische Prüfung der Regelvorschläge aus (Bredel/Maaß 2016b: 25).

Der Erfolg in Bezug auf die Etablierung des Konzepts ist in großem Maße der in Deutschland erfolgten „juristischen Abstützung“ zu verdanken (Bredel/Maaß 2016a: 60). Maaß (2015: 8) hebt hervor: „Menschen mit Behinderung haben ein

⁴ Gemeint sind hier das Regelwerk des Netzwerks Leichte Sprache, die Regeln in der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) sowie das Regelwerk von Inclusion Europe. Zur detaillierten Vorstellung dieser Regelwerke siehe Maaß 2015: 26–29.

gesetzlich verankertes Recht darauf, auf Informationen in einer für sie geeigneten Form zugreifen zu können“, womit sich die Verfasserin auf das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aus dem Jahr 2002 sowie seine Umsetzungsverordnung, die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) von 2011, bezieht. Dabei handelt es sich um „de[n] erste[n] deutsche[n] Verordnungstext, in dem Leichte Sprache explizit erwähnt ist“ (Bredel/Maaß 2016b: 19). Im Jahr 2016 wurde das BGG novelliert, wodurch die Rolle der Leichten Sprache erneut gestärkt und der Anwendungsbereich dahingehend erweitert wurde, dass die mündliche Beratung in Leichter Sprache weiter in den Vordergrund gerückt ist (Bredel/Maaß 2016b: 20).

Angestoßen wurde die Entwicklung dieser gesetzlichen Regelungen in erster Linie durch den gesellschaftlichen Diskurs, „der die Frage nach dem Umgang mit Diversität durch Behinderung zum Gegenstand hat“ (Bredel/Maaß 2016a: 61). So ist der Bekanntheitsgrad des Konzepts in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Kontext der anwachsenden Flüchtlingszahlen ergibt sich weiteres Potenzial für den Einsatz der Leichten Sprache als wichtiges Instrument zur Integration.

3.2 Adressatenschaft

Texte in Leichter Sprache richten sich an Personen, die über eine „gering ausgeprägte Lesefähigkeit“ verfügen (Rink 2016: 261). Bredel und Maaß (2016a: 139) sprechen hier von primären Adressaten, „[die] keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugriff auf allgemein- oder fachsprachliche Texte [haben]“. Sie sind abzugrenzen von den sekundären Adressaten, „die in ihrer Lesepraxis auf Leichte Sprache stoßen oder die ein Leichte-Sprache-Angebot wahrnehmen, obwohl sie auch Zugriff auf den allgemein- oder fachsprachlichen Ausgangstext haben“ (Bredel/Maaß 2016a: 139). Da sich die Regelvorschläge der Leichten Sprache an den Verstehensvoraussetzungen der primären Adressatenschaft ausrichten (Bredel/Maaß 2016b: 29), soll die sekundäre Adressatenschaft im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter in die Untersuchung einbezogen werden.

Die primäre Adressatenschaft präsentiert sich als in hohem Maße heterogen. Bei einem Großteil ist die Leseeinschränkung auf eine Behinderung zurückzuführen (Bredel/Maaß 2016a: 140). Bredel und Maaß (ebd.) nennen hier Personen mit geistiger Behinderung, Personen mit Lernschwierigkeiten, Demenzbetroffene, Gehörlose sowie Aphasiker. Davon abzugrenzen sind funktionale Analphabeten und Personen mit gering ausgeprägten Deutschkenntnissen, deren Leseeinschränkung nicht in einer körperlichen Einschränkung begründet ist (Bredel/Maaß 2016a: 140).

Bei der Betrachtung der verschiedenen Zielgruppen muss zudem berücksichtigt werden, dass nur ein Teil dieser Personen dauerhaft auf Leichte Sprache angewiesen ist, während der andere Teil zum Standard zurückkehren kann bzw. Leichte Sprache nur als Zwischenstufe nutzt, da der Spracherwerb des Deutschen noch nicht abgeschlossen ist.

Kercher (2013: 60) definiert Verständlichkeit nach Groeben (1982: 148) als „Anpassung einer sprachlichen Botschaft an die jeweilige Zielgruppe“. Dies stellt bei Leichter Sprache eine große Herausforderung dar, da jede einzelne Gruppe innerhalb der primären Adressatenschaft unterschiedliche Ansprüche an die sprachliche Gestaltung von Leichte-Sprache-Texten mitbringt (Bredel/Maaß 2016a: 141). Nicht alle Vereinfachungsstrategien werden von den verschiedenen Zielgruppen in gleichem Maße benötigt. Während die Verwendung des Grundwortschatzes für Gehörlose eine zentrale Voraussetzung für verständliche Texte darstellt⁵, ergibt sich in Bezug auf die Gruppe der funktionalen Analphabeten ein größerer Spielraum hinsichtlich der Wortwahl (ebd.).

Aus diesem Grund wird die Entwicklung einer „Stufung von Texten mehrerer unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade [...], die auf den Erkenntnissen der Verstehensforschung beruht“, für die Zukunft als sinnvoll angesehen (Bredel/Maaß 2016a: 145). Zurzeit liegt der Fokus allerdings noch darauf, eine möglichst große Reichweite zu erzielen, weshalb sich bei der Aufbereitung der Texte an Adressaten mit besonders stark eingeschränktem Sprachverständnis orientiert wird (Bredel/Maaß 2016a: 180).

3.3 Leichte Sprache im Kontext von Kritik und Stigma

Der Grundgedanke der Leichten Sprache besteht darin, „möglichst allen Gesellschaftsmitgliedern [...] eine umfassende Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen [zu ermöglichen]“ (Bredel/Maaß 2016a: 56). Der Blick auf die Adressatenschaft hat gezeigt, dass das Konzept generell einem großen Personenkreis von Nutzen sein kann, indem es diesen zur selbstständigen Informationsnutzung befähigt.

Allerdings hat Leichte Sprache auch seine Grenzen: „In Leichter Sprache kann nicht alles ausgedrückt werden, was in der Standardsprache ausgedrückt werden kann“ (Bredel/Maaß 2016b: 11). Im Zuge einer optimierten Verständlichkeit werden Maßnahmen ergriffen, die textsortenübergreifend sprachlich uniforme Texte

⁵ Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Gebärdensprache für viele Gehörlose die erste Sprache darstellt (Bredel/Maaß 2016a: 141).

erzeugen, deren Ästhetik eindeutig hinter standardsprachlichen Texten zurückstehen muss.

Auf diesen Schwächen begründet sich öffentliche Kritik am Konzept, in der Leichte Sprache als „primitive Sprachform“ herabgewürdigt und aufgrund dessen teilweise kategorisch abgelehnt wird (Bock 2014: 28). Zum anderen gerät die Adressatenschaft in den Fokus: Leichte Sprache wird als „Sondersprache“ verstanden, die dazu dient, Menschen mit Lernschwierigkeiten Informationen zugänglich zu machen (Bock 2014: 28). Diese Definition wirkt allerdings dem Inklusionsgedanken des Konzepts entgegen, wodurch auch andere potenzielle Zielgruppen eine ablehnende Haltung entwickeln (Bock 2014: 29). Während Bock (2014: 34) lediglich von einer Möglichkeit der Stigmatisierung der Nutzer von Angeboten in Leichter Sprache spricht, weisen Bredel und Maaß (Bredel/Maaß 2016a: 50) darauf hin, dass die Angewiesenheit auf Leichte Sprache in jedem Fall ein Stigma darstellt.

Um dieses Stigmatisierungspotenzial möglichst gering zu halten und eine gesellschaftliche Akzeptanz zu erzielen, muss aktiv an einer positiven Wahrnehmung des Konzepts gearbeitet werden (Bock 2014: 34). Eine wichtige Komponente stellt dabei die Kommunikation des Konzepts in der Öffentlichkeit dar: So sollen beispielsweise die Aspekte der Inklusion und Barrierefreiheit stärker hervorgehoben werden, um den Kritikern den Nutzen eindeutig vor Augen zu führen (Bredel/Maaß 2016a: 55).⁶ Des Weiteren muss betont werden, dass Leichte-Sprache-Texte als parallel nutzbare Ergänzungs- bzw. Zusatzangebote eingeführt werden sollen, die nicht den Anspruch besitzen, fachsprachliche Texte vollumfänglich zu ersetzen (Bredel/Maaß 2016a: 47). Auf diese Weise soll eine „positive Umkonnotierung“ (Bredel/Maaß 2016a: 55) erreicht werden, von der letztendlich auch Auswirkungen auf das Image der Leichten Sprache zu erwarten sind.

Einem Großteil der Kritik, die sich in der unterschiedlichen Qualität von Angeboten in Leichter Sprache begründet (Bock 2014: 33), kann bewusst mit der Produktion hochwertiger und standardkonformer Texte begegnet werden. Derzeit werden viele Texte den Anforderungen nicht gerecht, was häufig auf eine mangelhafte Umsetzung der Regelvorschläge zurückzuführen ist (Bredel/Maaß 2016a: 48ff.). In anderen Fällen werden im Zuge der Erleichterung Strategien gewählt, durch die fehlerhaftes Deutsch entsteht, was sich mit Blick auf die Zielsetzung der Integration nicht im akzeptablen Rahmen bewegt. Auch in Bezug auf den Teil der Adressatenschaft, für den Leichte Sprache nur eine Durchgangsstufe darstellt, ist eine korrekte

⁶ Für weitere Informationen zur Imageverbesserung der Leichten Sprache siehe Bredel/Maaß 2016a: 45–56.

Orthographie und Grammatik unverzichtbar: Als Einstiegshilfe auf dem Weg zur Standardsprache soll Leichte Sprache eine Lernfunktion erfüllen. Aus diesem Grund wird im Regelwerk der Forschungsstelle Leichte Sprache beispielsweise der Einsatz von Mediopunkten anstelle von Bindestrichen⁷ als Lesehilfe empfohlen (Maaß 2015: 88–92). Das Beispiel der unterschiedlichen Aufbereitungsformen des Wortes „Rechtsanwalt“ (Rechts-Anwalt/Rechts·anwalt) zeigt deutlich, dass auf diese Weise kaum in die Wortform eingegriffen wird, weshalb sich die Lernenden keine falsche Schreibweise aneignen.

Um der Kritik eine möglichst geringe „Angriffsfläche“ zu bieten, müssen die produzierten Texte einem hohen Qualitätsstandard entsprechen, da nur auf diese Weise eine gleichberechtigte Kommunikation ermöglicht werden kann (Bredel/Maaß 2016b: 10). Die vorliegende Bachelorarbeit soll einen Beitrag dazu leisten, indem sie auf konkrete Regelverstöße hinweist, um eine Grundlage für eine Überarbeitung zu schaffen. Aus diesem Grund wird in der Analyse auf ein Regelwerk zurückgegriffen, das ausschließlich Vorschläge anbietet, die der korrekten Orthographie und Grammatik des Deutschen entsprechen (Maaß 2015: 84).

⁷ Zu ausführlichen Informationen über die Verwendung von Bindestrich und Mediopunkt siehe Bredel/Maaß 2016a: 336ff.

4 Methodik und Untersuchungsgegenstand

Untersuchungsgegenstand

Der nachfolgenden Analyse liegt die im Februar 2015 veröffentlichte Printversion der juristischen Informationsbroschüre „Vorsorgevollmacht für Unfall, Krankheit und Alter“ zugrunde, die in Form eines Wendehefts sowohl die standardsprachliche Originalfassung (12. Aufl.⁸) als auch die Übersetzung in Leichter Sprache (2. Aufl.) enthält.

Die Übersetzung wurde im Rahmen des vom Niedersächsischen Justizministerium initiierten Pilotprojekts „Leichte Sprache in der niedersächsischen Justiz“ mit dem Untertitel „Raus aus der Fachsprache – Rein ins Leben“⁹ angefertigt, welches im Zeitraum von Oktober 2013 bis Februar 2014 durchgeführt wurde (Rink 2016: 264). Zu den am Übersetzungsprozess beteiligten Akteuren zählten Mitglieder der Forschungsstelle Leichte Sprache¹⁰, professionelle Übersetzerinnen und Studierende der Universität Hildesheim sowie Mitarbeitern des Niedersächsischen Justizministeriums und des Hildesheimer Amtsgerichts (Rink 2016: 265). Vor der Veröffentlichung durchlief das Heft sowohl eine rechtliche Prüfung durch die entsprechende Fachabteilung als auch eine Prüfung durch eine Zielgruppe (Rink 2016: 265).

Forschungsfrage

Im Rahmen dieser Arbeit soll die Leichte-Sprache-Version der Broschüre einer Verständlichkeitsprüfung unterzogen werden, worunter die Konformität des Zieltexts mit den Regeln der Leichten Sprache auf Wort-, Satz und Textebene zu verstehen ist (Bredel/Maaß 2016b: 48). Die Arbeit argumentiert aus der Perspektive, dass die Verständlichkeit von Texten durch die Aufbereitung nach den Regeln der Leichten Sprache erhöht wird. Für die Prüfung wird auf das Regelwerk der Forschungsstelle Leichte Sprache zurückgegriffen, welches im Regelbuch von Christiane Maaß (2015) in kommentierter Form niedergeschrieben wurde. Dieser Regelkatalog bezieht neben den zuvor aufgeführten Ebenen sowohl die Zeichenebene als auch die Dokumentebene (Typographie und Layout) mit ein, die auch in der nachfolgenden

⁸ Die Broschüre steht zusätzlich auf der Homepage des Niedersächsischen Justizministeriums als PDF-Datei zum Download zur Verfügung, wo zudem die Möglichkeit zur auditiven Rezeption besteht. Zu berücksichtigen ist, dass online die 13. Auflage zu finden ist, während der Arbeit die 12. Auflage zugrunde liegt.

⁹ Für nähere Informationen zum Pilotprojekt siehe:

http://www.mj.niedersachsen.de/startseite/leichte_sprache/pilotprojekt_leichte_sprache_niedersaechsi_schen_justiz/pilotprojekt-leichte-sprache-in-der-niedersaechsischen-justiz-123609.html (Verifizierungsdatum: 25.02.2017).

¹⁰ Für nähere Informationen zur Forschungsstelle Leichte Sprache siehe: <https://www.uni-hildesheim.de/leichtesprache/> (Verifizierungsdatum: 27.02.2017).

Prüfung Beachtung finden sollen. Um neben Typographie und Layout noch weitere Aspekte umfassen zu können, wird die der Textebene übergeordnete Ebene in dieser Arbeit als „Darstellungsebene“ betitelt. An den Stellen, an denen das Regelbuch keine eindeutigen Empfehlungen enthält, wird auf den im März 2016 erschienenen *Duden Leichte Sprache* (Bredel/Maaß 2016a) als Grundlagenwerk für Leichte Sprache bzw. die dazugehörigen Ergänzungsangebote *Ratgeber* (Bredel/Maaß 2016b) und *Arbeitsbuch* (Bredel/Maaß 2016c) verwiesen. Ziel der Analyse ist es, systematisch Schwachstellen in Bezug auf die Regelanwendung aufzuzeigen, um anschließend quantitativ Fehlerschwerpunkte zu ermitteln.

Methode und Ablauf

Um die relevanten Textbestandteile aus dem Material des Untersuchungsgegenstands herauszufiltern, wurde auf die Methode der „Qualitativen Inhaltsanalyse“ nach Mayring (2015) zurückgegriffen. Diese gehört zu den gängigen Auswertungsverfahren von Textmaterial und hat zum Ziel, schriftlich fixierte Kommunikation systematisch, regelgeleitet und theoriegeleitet zu untersuchen (Mayring 2015: 13). Eine zentrale Technik dieser Methode stellt die deduktive Kategorienanwendung dar, die der Herausfilterung von Textbestandteilen aus dem Material dient und wie nachfolgend dargestellt auf den Zieltext angewandt wurde (Mayring 2015: 97).

Vor der Analyse des Datenmaterials wurden in einem ersten Schritt auf Grundlage der Regelvorschläge der Forschungsstelle Leichte Sprache innerhalb der einzelnen Ebenen mögliche Fehlerkategorien erstellt.¹¹ Im nachfolgenden Schritt erfolgte in einem Testdurchlauf am Untersuchungsmaterial die Erprobung, inwieweit die aufgestellten Kategorien greifen. Die Textstellen wurden dabei zunächst im Material mit verschiedenfarbigen Markierungen gekennzeichnet und anschließend in eine Tabelle eingefügt, die eine sukzessive Erweiterung erfahren hat. Dabei konnte die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Kategorienkatalogs festgestellt werden: Da auch Schwachstellen zu finden waren, die sich nicht auf den Regeln der Forschungsstelle begründen, mussten einige Kategorien induktiv ergänzt werden. Daraufhin erfolgte die Ausführung des Hauptdurchlaufs. Insgesamt wurden 28 aus den Regelvorschlägen und der Zielsetzung einer leichten Verständlichkeit hergeleitete Fehlerkategorien aufgestellt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden die einzelnen Kategorien mit einem selbsterklärenden Titel versehen (Beispiel: *Fehlender Mediopunkt*).

¹¹ Siehe *Anhang I: Erster Entwurf Fehlerkategorien*.

Gliederung des Kapitels Analyse

Die Fehlerkategorien werden im nachfolgenden Kapitel unter vorheriger Nennung der entsprechenden Regeln auf den einzelnen Ebenen betrachtet.¹² In diesem Zuge werden konkrete Textstellen als „Ankerbeispiele“ (Mayring 2015: 97) aufgeführt sowie exemplarisch Anregungen für eine verbesserte Umsetzung gegeben. Hinter dem Kategorietitel ist jeweils in Klammern die im Zieltext gefundene Befundanzahl aufgeführt. In der anschließenden Synthese steht die Quantifizierung der Analyseergebnisse mit der Ermittlung von Fehlerschwerpunkten im Vordergrund. Zusätzlich werden die Befunde durch die Einordnung in Fehlerklassen in eine Hierarchie gebracht.

Ein Verzeichnis der Gesamtheit der Befunde ist schließlich im Anhang zu finden. Dieses zeigt nach Seitenzahl geordnet die verschiedenen Textstellen, die jeweils einer Kategorie, einer der zuvor genannten Ebenen sowie einer Fehlerklasse zugeordnet wurden.

Problematische Klassifikationsfälle

Einige Regelvorschläge sollen im Sinne einer nachvollziehbaren und schlüssigen Erklärung auf einer vom Regelbuch abweichenden Ebene behandelt werden. In Bezug auf Reihungen bzw. die Kommasetzung spielt es außerdem eine Rolle, dass Befunde jeweils nur unter eine Kategorie fallen, um das Ergebnis nicht zu verfälschen. Aus diesem Grund wurde die Entscheidung getroffen, Reihungen auf der Zeichenebene (5.1) zu behandeln.

Im Kontext der Erklärung von Fach- und Fremdwörtern sollen auf Wortebene (5.2) zudem die Vorgaben zur Argumentationsstruktur behandelt werden, wozu auch der chronologische Fehler gezählt wird.

Die Darstellungsebene (5.5) umfasst sämtliche Fehlerkategorien, die zu Typographie und Layout gehören. Zusätzlich werden ihr die Fehlerkategorien zugeordnet, die induktiv hinzugefügt wurden. Diese betreffen zum einen grundsätzlich für die Textproduktion geltende Regeln (Logischer Fehler, Orthographiefehler, Falscher Kasus) und zum anderen fehlende bzw. fehlerhafte Verweise (Fehlender Hinweis auf Nichtverfügbarkeit in LS, Veralterter Verweis). Auf dieser Ebene soll zudem die Bebilderung kommentiert werden.

¹² Die Regelvorschläge, die für den vorliegenden Zieltext nicht relevant sind, sollen in dieser Arbeit nicht aufgeführt werden.

Die Tabellen zeigen die für die verschiedenen Ebenen aufgestellten Fehlerkategorien:

Zeichenebene	Wortebene	Satzebene	Textebene
Fehlender Mediopunkt	Fehlende Erläuterung	Grammatischer Verstoß	Unzulässige pronominale Wiederaufnahme
Unzulässiges Interpunktionszeichen	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Unzulässiger Marker	Fehlende Umwandlung in direkte Rede
	Chronologischer Fehler	Kohärenzförderung	Inkonsequente Wahl der Possessivpronomen
		Unzulässiges Tempus	Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüberschriften
		Unzulässiges Genus Verbi	
		Einsparung Negation	Mangelnde Handlungsorientierung

*Tabelle 1: Fehlerkategorien Zeichenebene/Wortebene/Satzebene/Textebene
(Quelle: eigene Darstellung)*

Darstellungsebene
Logischer Fehler
Absatzfehler
Fehlender Fettdruck
Zusätzliche Hervorhebung
Orthographiefehler
Falscher Kasus
Fehlender Hinweis auf Nichtverfügbarkeit in LS
Veralteter Verweis
Fehlende Einrückung
Fehlende Aufzählungszeichen
Wirkungsloses Aufzählungszeichen
Unzulässige Hervorhebungsart

*Tabelle 2: Fehlerkategorien Darstellungsebene
(Quelle: eigene Darstellung)*

5 Analyse

5.1 Zeichenebene

5.1.1 Zur Zeichenebene

Im Regelbuch stehen im Kapitel zur Zeichenebene die zulässigen Interpunktionszeichen im Vordergrund: Es wird postuliert, dass Punkt, Frage-, Ausrufe-, Anführungszeichen und Doppelpunkt verwendet werden dürfen (Maaß 2015: 86).

Das Regelbuch lässt hier allerdings Handlungsempfehlungen im Hinblick auf Sonderzeichen wie beispielsweise das @-Zeichen vermissen, welches im Zieltext als Zusatzinformation Verwendung findet (ZT¹³: 24/37). Während der Ausgangstext lediglich auf die Telefonnummer des Vorsorgeregisters verweist, wurde in Bezug auf den Zieltext die Entscheidung getroffen, den Lesern als ergänzende Information die E-Mailadresse zu nennen, um ihnen eine schriftliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Im Grundlagenwerk wurden Vorschläge zum Umgang mit Sonderzeichen ergänzt. Die Empfehlung einer Erläuterung zur Verständnissicherung (Bredel/Maaß 2016a: 252) deckt sich mit der Umsetzung im Zieltext: Durch den Zusatz „Die E-Mail-Adresse ist:“ wird den Lesern die Bedeutung dieses Zeichens vor Augen geführt.

Das Regelbuch empfiehlt zudem den Einsatz des Mediopunkts (Maaß 2015: 88–92), welcher vor allem hinsichtlich der im Zieltext verwendeten, morphologisch häufig komplexen Fachbegriffe eine unverzichtbare Lesehilfe darstellt. Auf diese Weise erfolgt eine Unterteilung in kleinere Einheiten, wodurch die Lexemgrenzen einfacher zu erfassen und damit müheloser zu rezipieren sind. Da es sich in der Regel um fachspezifische Wörter aus dem Rechtsdiskurs handelt, die einem Großteil der Leser nicht geläufig sein werden, sind Schwierigkeiten bei der richtigen Lesart zu erwarten.

Laut Maaß (2015: 93f.) können zudem Zahlen und Ziffern eine Verständnishürde darstellen, weshalb sich ihre Gebrauchsfrequenz nach dem Textthema bzw. der Textsorte richten sollte. Da die Kosten im Zusammenhang mit der Errichtung einer Vorsorgevollmacht für die Leser von großem Interesse sind, wurde Zahlen im Zieltext ein besonderer Stellenwert eingeräumt.

¹³ ZT bezeichnet im Rahmen dieser Arbeit den Zieltext (im Literaturverzeichnis Niedersächsisches Justizministerium 2015b).

Während die Angabe der Kosten im Ausgangstext in Tabellenform erfolgt, wurden ihnen im Zieltext separate Abschnitte gewidmet:

Kosten

Das **Anmelden** von der Vorsorge-vollmacht kostet immer Geld.

Anmelden im Internet: 15,50 Euro.

Anmelden mit einem Brief: 18,50 Euro. (ZT: 26; Hervorhebung im Original)

Die Aufstellung der Kosten wurde im Zieltext in die Schritte „Anmelden“, „Ändern“ und „Löschen“ zerlegt, deren Darstellung im Ausgangstext zusammengefügt erfolgt. Auf diese Weise wird eine Reihung vermieden, weshalb der Blick der Leser auf die für sie jeweils relevante Option gelenkt wird. Obwohl sich die Kosten für die Errichtung einer Betreuungsverfügung mit den Kosten für eine Vorsorgevollmacht decken, wird die Aufstellung vollumfänglich wiederholt (ZT: 35) und somit Missverständnissen vorgebeugt. Gemäß der Vorgaben im Regelbuch (Maaß 2015: 93f.) wurden sämtliche Zahlen als Ziffern geschrieben.

5.1.2 Befunde

Fehlender Mediopunkt (9)

Im Zieltext gibt es einige Wörter, bei denen der Mediopunkt nicht konsequent verwendet wurde. Im Fallbeispiel des Fachbegriffs „Rechtsanwalt“ wurde der Begriff dreimal mit einem Mediopunkt getrennt, während dieser in den weiteren drei Erwähnungen fehlt. Auch an anderer Stelle taucht dieses Kontinuitätsproblem auf: Während sämtliche Wörter mit der Vorsilbe „rechts“ im Zieltext abgetrennt wurden („rechts·gültig“, ZT: 2; „rechts·unwirksam“, ZT: 2; „Rechts·anwalt“, ZT: et passim), erfolgte diese Trennung bei „rechtsverbindlich“ (ZT: 5) nicht. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Generalvollmacht“ (ZT: 9/10; verglichen mit „Vorsorge·vollmacht“, ZT: et passim oder „Unter·vollmacht“, ZT: 21). Um den Rezipienten auch hier eine Lesehilfe anzubieten, sollten die entsprechenden Mediopunkte ergänzt werden.

Unzulässiges Interpunktionszeichen (3)

Die eingangs angeführte Auflistung der zulässigen Interpunktionszeichen zeigt, dass das Komma laut Regelbuch nicht zum System der Leichten Sprache gehört (Maaß 2015: 87), weshalb der dreimalige Gebrauch im Zieltext grundsätzlich gegen diesen Regelvorschlag verstößt. Das erste Komma ist nach der Anrede der Leser im Vorwort der Justizministerin zu finden: „Liebe Leser,“ (ZT: 3). Laut Rechtschreibregelung muss nach Anreden ein Komma gesetzt werden, weshalb das Weglassen des Kommas bzw. ein Austausch durch ein anderes Zeichen zu einem Zeichensetzungsfehler führen würde. Da zu vermuten ist, dass Briefanreden auch Lesern mit einer wenig ausgeprägten Lesepraxis beispielsweise aus

Geburtstagsgrüßen o.ä. bekannt sein dürften, ist keine Beeinträchtigung des Verständnisses zu erwarten.

Des Weiteren wird ein Komma im Titel der Broschüre verwendet (ZT: 1/3), in dem drei Substantive miteinander verknüpft werden. Da Reihungen grundsätzlich vermieden werden sollten, könnte der Einsatz von Aufzählungszeichen zu einer deutlicheren Hervorhebung der einzelnen Komponenten führen, die den Lesern eine schnelle Übersicht ermöglichen würde:

Vorsorgevollmacht für:

- Unfall
- Krankheit
- Alter

Mit Blick auf eine mögliche Stigmatisierung sollte allerdings von einer zu starken Veränderung des Titels abgesehen werden, da der Bezug zum Original nicht verloren gehen sollte.

5.2 Wortebene

5.2.1 Zur Wortebene

Das Grundprinzip „zentral statt peripher“ (Maaß 2015: 76) manifestiert sich in der konkreten Vorgabe des Regelbuchs, Wörter aus dem Grundwortschatz zu verwenden, die zudem möglichst kurz sein sollen (Maaß 2015: 95ff.). Dieser Empfehlung folgend wurde beispielsweise das Wort „Broschüre“ aus dem Ausgangstext in der Leichte-Sprache-Version durch „Heft“ ersetzt. Aus diesem Regelvorschlag ergibt sich die logische Konsequenz, dass Fach- und Fremdwörter vermieden werden sollen. Gemäß dieser Empfehlungen wurden die im Ausgangstext verwendeten Fremdwörter (Bsp. „online“, AT: et passim) größtenteils ersetzt, während fest im Grundwortschatz verankerte Kernwörter wie „Telefon“ zulässigerweise in die Leichte-Sprache-Version übernommen wurden (Bredel/Maaß 2016c: 22). Der grundsätzliche Verzicht auf Fachwörter ist in gewissen Textsorten weder sinnvoll noch möglich, was im Zusatz des Regelvorschlags Berücksichtigung findet und der Tatsache Rechnung trägt, dass die Fachterminologie eine der Hauptursachen für Schwerverständlichkeit darstellt: Sofern Fach- oder Fremdwörter für den Text zentral sind, sollen diese erklärt werden (Maaß 2015: 97f.). Der Vergleich von Ausgangs- und Zieltext zeigt, dass die Zahl der Fachwörter stark reduziert und ihre Schreibweise durch den Einsatz von Mediopunkten den Anforderungen der primären Adressatenschaft entsprechend angepasst wurde.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen, die nachfolgend Berücksichtigung finden, werden sämtliche Fachwörter durch Paraphrasen oder Beispiele erläutert. In einigen Fällen werden diese beiden Strategien wie im nachfolgenden Beispiel kombiniert. Der Begriff „Organspenden“ wird paraphrasiert und „Organ“ mithilfe der zwei Beispiele „Herz“ und „Lunge“ erklärt. Die Anschaulichkeit wird auf diese Weise maximiert:

- bei Organ-spenden.
Das bedeutet:
Eine andere Person bekommt ein Organ von Ihnen.
Ein Organ ist zum Beispiel: das Herz.
Oder die Lunge.
Das kann zum Beispiel passieren:
Nachdem Sie einen schlimmen Unfall hatten. (ZT: 10)

Eine Analyse der realisierten Übersetzungsentscheidungen zeigt, dass es sich bei den erklärten Wörtern nicht ausschließlich um Wörter aus dem Rechtsdiskurs handelt. Stattdessen wurde auch bei einigen Begriffen aus der Gemeinsprache die Notwendigkeit einer genaueren Umschreibung gesehen. Als Beispiele können die Begriffe „Ort“ und „Datum“ dienen, die in den nachfolgenden Ausführungen mit „Stadt“ bzw. „Tag“ erläutert wurden (ZT: 12). Zentrale Termini der Rechtssprache wie „geschäftsfähig“ werden zudem mehrmals erläutert, was dem Prinzip der maximalen Explizitheit Rechnung trägt. Aufgrund der geringen Lesefähigkeit und Aufmerksamkeitsspanne vieler primärer Adressaten wird eine hohe Redundanz nötig (Bredel/Maaß 2016a: 517f.).

Durch die Vielzahl an eingefügten Erläuterungen wird allerdings die Argumentationsstruktur unterbrochen, wodurch wiederum die Kohärenz beeinträchtigt wird (Bredel/Maaß 2016b: 157). Bredel und Maaß (2016b: 163) schlagen die Auslagerung von längeren Erklärungen in Form eines Glossars vor. Unter Berücksichtigung der Summe an Erklärungen, die im Falle des vorliegenden Ratgebers für einen Großteil der Adressatenschaft zwangsläufig für das Verständnis benötigt werden, erweist sich diese Strategie allerdings als nicht sinnvoll, da die Lektüre ständig unterbrochen werden müsste. Aus diesem Grund wurde bei der Aufbereitung des Zieltexts zudem auf sämtliche intratextuellen Verweise verzichtet, indem die im Ausgangstext nachgestellten Hinweise direkt in den Haupttext integriert wurden. Die Herstellung von Kohärenz erfolgt im Zieltext hauptsächlich durch typografische Mittel, die in Kapitel 5.5 behandelt werden.

5.2.2 Befunde

Fehlende Erläuterung (3)

Bei der Analyse des Ratgebers konnten weitere Begriffe identifiziert werden, die Verständnishürden darstellen und den Lesern erläutert werden müssen. Als Beispiel kann die Information zum Haftungsausschluss angeführt werden, die den Ausdruck „Ansprüche erheben“ (ZT: 2) enthält. Bei „Anspruch“ handelt es sich um ein fachgeprägtes Wort, das auch in der Alltagssprache verwendet wird, im Rechtsdiskurs aber mit einer eigenen Bedeutung belegt ist. Gemäß des Bürgerlichen Gesetzbuches¹⁴ ist „Anspruch [...] das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen“. Die Erläuterung von „Haftungsausschluss“ durch ein Konzept aus dem Rechtsdiskurs, das wiederum einer Erläuterung bedarf, stellt für die Rezipienten keinen Erkenntnisgewinn dar und erscheint folglich nicht sinnvoll.

Ein weiteres Beispiel stellt der Begriff „Depot-vollmacht“ dar (ZT: 23), der ohne weitere Ausführungen in den Zieltext eingeführt wird. Neben seinem Fremdwortcharakter kommt die Problematik hinzu, dass im Zieltext der Eindruck entsteht, es handle sich bei der Konto- bzw. Depotvollmacht um zwei separate Formulare. Tatsächlich wird im Anhang aber lediglich der Vordruck „Konto-/Depotvollmacht“ aufgeführt.

Umgekehrte Argumentationsrichtung (6)

Im Hinblick auf die Eingliederung der Erläuterungen in den Text wird im Regelbuch gefordert, diese grundsätzlich in Leserichtung einzufügen (Maaß 2015: 6). Demnach soll zunächst das Fachwort genannt werden, worauf im Anschluss die Erläuterung folgt.

Drei Beispielfälle (ZT: 9/14/43) sollen an dieser Stelle gesondert hervorgehoben werden. Hier ist zum einen zu kritisieren, dass die Erklärung entgegen der Leserichtung eingefügt wurde. Zum anderen wurde dem entsprechenden Fachwort der Halbsatz „Das schwere Wort ist:“ vorangestellt, wodurch eine offensichtliche Diskriminierung der Leser stattfindet. Im Beispiel auf Seite 14 („Das schwere Wort ist: Abschluss von einem Verbraucher-darlehens-vertrag.“) kommt hinzu, dass auf die Phrase nicht wie zu erwarten ein einzelnes Wort, sondern eine syntaktische Fügung folgt. In Bezug auf die Zielsetzung, einer Stigmatisierung entgegenzuwirken, entspricht dies in keinem Fall den Ansprüchen an Leichte-Sprache-Texte, weshalb auf Formulierungen dieser Art verzichtet werden sollte.

¹⁴ § 194 Abs. 1 BGB

Chronologischer Fehler (1)

Um den Lesern das Verständnis zu erleichtern, muss die Erläuterung an der Stelle in den Zieltext integriert werden, an der das Fachwort zum ersten Mal genannt wird. Hinsichtlich der Definition des Begriffs „Formular“ (ZT: 25) ist hierbei ein chronologischer Fehler unterlaufen. Obwohl der Begriff bereits an einer früheren Textstelle eingeführt wird, erfolgt die Definition („Ein Formular ist ein Blatt Papier zum Ausfüllen.“) erst auf Seite 31.

5.3 Satzebene

5.3.1 Zur Satzebene

Die zentralste Regel auf Satzebene besagt, dass pro Satz nur eine Aussage zulässig ist, was die Konsequenz einer Nichtzulässigkeit von Nebensätzen nach sich zieht (Maaß 2015: 108f.). Satzgefüge müssen folglich aufgelöst werden, wofür Maaß (2015: 109–118) konkrete Verfahren vorschlägt, in denen beispielsweise einheitliche Marker zur Angabe des Bedeutungsverhältnisses vorgesehen sind.

Bei der Umformung der Nebensätze zeigt sich im Zieltext allerdings in Bezug auf Adverbial- und Ergänzungssätze eine große Diskontinuität. Diese lässt sich am Beispiel der Konditionalsätze sehr anschaulich aufzeigen. Während die Aufbereitung in einigen wenigen Fällen regelkonform erfolgt ist („Vielleicht kann der Bevollmächtigte nicht für Sie entscheiden. [...] Dann brauchen Sie eine andere Person als Ersatz.“, ZT: 20), wurde der Bedingungssatz häufig in einen einfachen, isolierten Aussagesatz umgeformt, was dazu führt, dass die Bedingung zu einem wahren Satz wird:

Sie haben 50.000 Euro.

Dann zahlen Sie dem Notar 115 Euro für die Beurkundung. (ZT: 15)

In anderen Fällen führt die Form der Umwandlung zu einem grammatischen Verstoß, indem die entsprechenden Konjunktionen am Satzanfang erhalten bleiben. Teilweise wurde darauf verzichtet, das den Folgesatz einleitende Adverb „dann“ an den Satzanfang des nachfolgenden Satzes zu stellen („Sie fragen sich [...]. Fragen Sie einen Rechts-anwalt.“, ZT: 45), wodurch die Beziehung der beiden Sätze nicht ausgedrückt wird.

Löst man sich von der mangelhaften Aufbereitung der Nebensätze und betrachtet die Satzebene differenzierter, kann allerdings festgestellt werden, dass die der Rechtssprache innewohnende Komplexität der Syntax im Zieltext erfolgreich aufgelöst wurde. Generell enthält dieser ausschließlich Parataxen, die jeweils eine Aussage enthalten. Nach Möglichkeit wurden die Satzglieder in dem im Regelbuch

empfohlenen einfachen Satzbau angeordnet (Maaß 2015: 107f.). Um den Lesern möglichst anschauliche Informationen zu geben, werden im Ratgeber zahlreiche Konditionalsätze benötigt, in denen Beispiele konstruiert und die möglichen Folgen beschrieben werden. Diese Sätze stellen ein zentrales Beispiel dar, in dem sich die Abweichung von der Subjekt-Prädikat-Objekt-Struktur funktional gut begründen lässt.

Im Zuge der geforderten Handlungsorientierung in Leichte-Sprache-Texten sollen Handlungsträger explizit benannt werden, weshalb Verbalkonstruktionen statt Nominalkonstruktionen und Aktiv- statt Passivsätze empfohlen werden (Maaß 2015: 102ff.).

Maaß (2015: 105ff./120f.) empfiehlt des Weiteren eine Vermeidung peripherer grammatischer Kategorien, was auf der Satzebene den Genitiv und den Konjunktiv betrifft. Zur Umformung des Genitivs wird im Regelbuch die Verwendung einer „von-Konstruktion“ vorgeschlagen, die im Zieltext in den meisten Fällen Anwendung findet („die Mitarbeiter Ihrer Bank“ → „die Mitarbeiter von Ihrer Bank“). Mit Blick auf den Gebrauch zentraler Kategorien sollen zudem Präteritum und Futur vermieden werden, während Präsens und Perfekt als zulässige Zeitformen eingestuft werden (Maaß 2015: 121ff.).

Eine weitere zentrale Regel besagt, dass die Negation nach Möglichkeit vermieden werden sollte (Maaß 2015: 126ff.). In den Anwendungsfällen soll die n-Negation der k-Negation vorgezogen und optisch mit Fettdruck markiert werden (ebd.). Auch dieser Regelvorschlag wurde im Zieltext umgesetzt. Während in 90 Fällen mit „nicht“ verneint wurde, wurde insgesamt nur 24-mal auf „kein/e(n)“ zurückgegriffen. In Bezug auf die Negation muss allerdings berücksichtigt werden, dass sie ein wichtiges stilistisches Mittel zur Verdeutlichung darstellt und somit in einigen Fällen die Verständlichkeit erhöhen kann, wie das folgende Beispiel zeigt:

Weil das Gesetz sagt:
Was der Bevollmächtigte entscheiden darf.
Und was der Bevollmächtigte **nicht** entscheiden darf.
(ZT: 9; Hervorhebung im Original)

Die enthaltene Implikatur wird auf diese Weise für die Zieltextleser explizit aufgelöst. Im Gesetz werden nicht nur Gebote, sondern auch Verbote thematisiert.

Im Zieltext sind zahlreiche weitere Beispiele zu finden, in denen der negative auf den positiven Satz folgt. Auch im zweiten Beispiel ist die Verneinung notwendig, um die Aussage deutlich zu machen:

Eine Person darf viel für Sie entscheiden.
Aber diese Person darf **nicht alles** für Sie entscheiden.
(ZT: 9; Hervorhebung im Original)

Mit diesen Sätzen soll hervorgehoben werden, dass eine Generalvollmacht – anders als es die Bezeichnung vermuten lässt – gewisse Befugnisse nicht automatisch abdeckt.

In Bezug auf den Einsatz der Negation muss folglich in Einzelentscheidungen sorgfältig abgewogen werden, ob die Verwendung tatsächlich einen begründbaren Gewinn hinsichtlich der Verständlichkeit bringt.

5.3.2 Befunde

Grammatischer Verstoß (75)

Wie eingangs beschrieben, wurden Adverbialsätze bei der Umformung in Einzelsätze inkonsequent aufbereitet. In vielen Fällen sind die Konjunktionen „wenn“, „weil“ bzw. „damit“ am Satzanfang erhalten geblieben, wodurch ungrammatische Sätze entstehen, die somit eindeutig gegen Grundprinzipien der Leichten Sprache verstoßen. Um der Gefahr der Stigmatisierung entgegen zu wirken, müssen die betreffenden Sätze umgewandelt und in eine grammatisch korrekte Form gebracht werden. Im Falle des vorliegenden Zieltexts bietet sich an vielen Stellen die Konstruktion aus Fragesatz und „dann“ an:

Sie haben Fragen?
Dann fragen Sie... (ZT: 2; Änderung F.R.)

Bei Kausalsätzen muss bei der Umwandlung die Entscheidung getroffen werden, ob Ursache oder Folge für den betreffenden Satz von größerer Bedeutung ist und somit an den Satzanfang gestellt wird. In dem nachfolgenden Beispiel wurde die Ursache als wichtiger eingestuft. Der Satz lässt sich folgendermaßen gestalten:

Das Betreuungs·gericht will dem Bevollmächtigten einen Brief schreiben.
Deshalb braucht das Vorsorge·register auch den Namen von dem Bevollmächtigten.
Und das Vorsorge·register braucht die Adresse von dem Bevollmächtigten.
(ZT: 25; Änderung und Hervorhebung F.R.)

Auch in Bezug auf die Aufbereitung von Ergänzungssätzen entsteht an vielen Stellen fehlerhaftes Deutsch. Während die Satzglieder einem Fragesatz entsprechend angeordnet werden, bleibt ein Punkt am Satzende erhalten:

Sie müssen vorher wissen:

- Wer hilft Ihnen. [...] (ZT: 5)

Auch hier sei auf die Stigmatisierung der Leser verwiesen, weshalb eine Überarbeitung empfohlen wird.

In einem anderen Beispiel kann die nicht erfolgte Umformulierung in einen Fragesatz tatsächlich zu Verständnisschwierigkeiten führen. Im Beispiel auf Seite 46 („Fragen Sie nach: Sie dürfen das Formular aus dem Heft benutzen.“) wird nicht deutlich, was von den Lesern verlangt wird. Auf den vorangestellten Aufforderungssatz folgt ein Aussagesatz, der den Lesern impliziert, dass das Formular in jedem Fall verwendet werden darf. Es werden folglich zwei widersprüchliche Signale gesendet. Liest man weiter, erhält man die Information, dass die Bank eventuell über eine bankinterne Kontovollmacht verfügt, weshalb der Vordruck nicht verwendet werden darf. In diesem Fall ist die Umformulierung in einen Fragesatz unabdingbar, da die Handlungsaufforderung explizit ausgedrückt werden muss.

Unzulässiger Marker (1)

Kontinuitätsprobleme ergeben sich bezüglich eines Satzgefüges, das nicht den vorgeschlagenen Standardkonnektor aufweist und somit den zentralen Regelvorschlag „Verwendung gleicher Wörter für gleiche Sachverhalte“ (Maaß 2015: 131) verletzt. Zur Vermeidung falscher Lesarten sollte das mehrdeutige Wort „darum“ auf Seite drei durch „deshalb“ ersetzt werden.

Kohärenzförderung (2)

Der Einsatz von Markern dient generell dem Zweck, Bezüge zwischen Einzelsätzen zu verdeutlichen und auf diese Weise den Zusammenhalt zu stärken. Aus diesem Grund bietet es sich im Rahmen der Kohärenzförderung an, Marker an geeigneten Stellen im Zieltext zu ergänzen, wie es beispielsweise im Zieltext auf Seite 31 durch das Einfügen von „deshalb“ zur Betonung der finalen Verbindung möglich ist:

Ein Richter vom Betreuungs-gericht wird mit Ihnen sprechen.

Der Richter muss Sie einmal selbst sehen.

Deshalb kommt der Richter zu Ihnen nach Hause.

(ZT: 31; Änderung und Hervorhebung F.R.)

Auf diese Weise werden die Signale an die Oberfläche geholt, wodurch eine wirksame Lesehilfe für die Rezipienten entsteht (Bredel/Maaß 2016c: 56).

Unzulässiges Tempus (4)

Im Zieltext wurde in vier Fällen die Zeitform des Futurs verwendet, die laut Regelbuch nach Möglichkeit vermieden bzw. ins Präsens umgewandelt werden sollte, da sie in der Alltagssprache immer seltener zum Einsatz kommt (Maaß 2015: 123). In näheren Ausführungen zum Futur weisen Bredel und Maaß (2016b: 145) allerdings auf Einzelfälle hin, in denen sich das Beibehalten der Futurform als sinnvoll erweist. Da die Futurverwendung im nachfolgenden Beispielsatz allerdings noch eine zusätzliche Problematik aufweist, muss dieser in jedem Fall überarbeitet werden:

Werden Ihnen Ihre Angehörigen helfen? (ZT: 5)

Die Verwendung des Verbs „werden“ impliziert, dass es sich um eine Entscheidung handelt, die von den Angehörigen getroffen werden kann. An dieser Stelle soll vielmehr ein Rechtsirrtum berichtigt werden: Die Leser sollen darüber aufgeklärt werden, dass Angehörige generell nicht die Befugnis zur gesetzlichen Vertretung haben. Es handelt sich folglich um eine zentrale Textstelle, weshalb eine unmissverständliche Information von besonderer Bedeutung ist. Aus diesem Grund sollte die Verwendung eines Modalverbs erwogen werden.

Unzulässiges Genus Verbi (2)

Im Zieltext sind zwei Passivkonstruktionen erhalten geblieben, die den Lesern die Handlungsträger vorenthalten:

Sie entscheiden:

- Was in einer bestimmten Situation gemacht werden soll.
- Und was in einer bestimmten Situation **nicht** gemacht werden soll.
(ZT: 8; Hervorhebung im Original)

Da sich diese Sätze auf eine indefinite Menge an Handlungsträgern beziehen, gestaltet sich die Umformung ins Aktiv als schwierig. Die Passivsätze sollen an dieser Stelle als nähere Erläuterung des Begriffs „Anweisungen“ dienen, was sich allerdings mit Blick auf die primäre Adressatenschaft als wenig gelungen erweist, da die sehr allgemeine Formulierung den Lesern keine konkreten Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Aus diesem Grund bietet es sich an, stattdessen konkrete Beispiele aufzuführen, wie es etwa auf der vorherigen Seite erfolgt ist (Beispiel kirchliches Pflegeheim, ZT: 7).

Einsparung Negation (5)

Im Verlauf der Analyse wurde bereits gezeigt, dass Negationen eine wichtige Rolle bei der Sicherung des Verständnisses spielen und ihre Funktionalität in Einzelentscheidungen abgewogen werden muss. Für das nachfolgende Beispiel wurde die Entscheidung getroffen, dass die Negation nicht zwangsläufig gebraucht wird:

Wenn Sie wenig Geld haben.
Dann zahlen Sie **nicht** viel an den Notar.
Wenn Sie sehr viel Geld haben.
Dann zahlen Sie mehr an den Notar. (ZT: 15; Hervorhebung im Original)

In diesem Fall kann „nicht viel“ durch „wenig“ ersetzt werden, wodurch der Regelvorschlag „Keine Synonyme“ (Maaß 2015: 131f.) Beachtung findet. Es entsteht eine Parallelkonstruktion zum ersten Satz, die von den Lesern inhaltlich sehr leicht nachvollzogen werden kann, wodurch die allgemeine Verständlichkeit des Absatzes erhöht wird.

5.4 Textebene und Textsorte

5.4.1 Zur Textebene und Textsorte

Textebene

Auf Textebene ist in erster Linie die textuelle Entfaltung zu beachten, wobei Informationen in Abhängigkeit vom Textthema ausgewählt werden sollen (Maaß 2015: 130f.). Um die Anwendung dieses Regelvorschlags im Detail zu untersuchen, müsste der Ausgangstext stärker in den Fokus rücken, dessen nähere Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit allerdings ausgeklammert wurde. Eine Betrachtung der Makroebene zeigt allerdings, dass sich der Zieltext grundsätzlich am strukturellen Aufbau des Ausgangstexts orientiert. Der Zieltext ist wie der Ausgangstext in ein Frage-Antwort-Verfahren gegliedert, dessen einzelne Blöcke in der gleichen Reihenfolge angeordnet wurden. Durch den Erhalt der Informationsstruktur des Ausgangstexts wird zum einen die Brückenfunktion gewährleistet, da die Strukturparallelität von Ausgangs- und Zieltext den Lesern ermöglicht, zwischen dem standardsprachlichen Text und dem Leichte-Sprache-Text nach Bedarf zu wechseln (Maaß 2015: 81f./139f.). Zum anderen wird auf diese Weise eine Verknüpfung auf Textebene erreicht.

Zur verbesserten Orientierung werden gemäß Maaß' Regelvorschlag (2015: 138) Zwischenüberschriften eingesetzt. Ein Beispiel stellt Frage sieben dar („Dürfen Sie mehr als 1 Bevollmächtigten bestimmen?“, ZT: 18), in deren Antwortblock die Zwischenüberschriften „Einzel·vertretung“ und „Gesamt·vertretung“ eingefügt wurden.

Löst man sich von der Makroebene und betrachtet die Mikroebene, zeigt sich zudem eine klare Thema-Rhema-Struktur mit expliziten Wiederaufnahmen:

Das Betreuungs-gericht [Thema] kann eine Person [Rhema] beauftragen.
Die Person [Thema] überwacht den Bevollmächtigten [Rhema].
(ZT: 40; Änderung F.R.)

Die in den Regeln thematisierte Informationsauswahl wird primär aus dem Grund notwendig, dass der Zieltext an vielen Stellen konkreter werden muss als es der Ausgangstext vorgibt, weshalb eine Integration sämtlicher Inhalte aus dem Ausgangstext zu einem für die primäre Adressatenschaft ungeeigneten Textumfang führen würde. Als Beispiele für Konkretisierungen sind hier die zahlreichen Erklärungen für Fremd- und vor allem Fachwörter bzw. die zusätzlichen Informationen zur Kompensation sonstiger Lücken im Weltwissen zu nennen. Im Falle des vorliegenden Ratgebers wird diese Problematik dadurch verstärkt, dass bereits der Ausgangstext zahlreiche anschauliche Beispiele enthält, welche allerdings in der Leichte-Sprache-Version einer erneuten Erläuterung bedürfen. Ein Beispiel ist in dem Abschnitt auf Seite 14 zu finden, in dem die Leser darüber aufgeklärt werden, wann eine notarielle Beurkundung sinnvoll bzw. zwingend notwendig ist. Die im Ausgangstext genannten Beispiele „Erwerb oder Veräußerung von Grundstücken oder Eigentumswohnungen“ und „Aufnahme von Verbraucherdarlehen“ beinhalten fachbegriffliche Konzepte, die im Zieltext erläutert werden müssen. Im Ausgangstext folgt ein drittes Beispiel: „Ferner ist eine notarielle Beurkundung dann sinnvoll, wenn Sie ein Handelsgewerbe betreiben oder Gesellschafter einer Personen- oder Kapitalgesellschaft sind“ (AT: 8). Diesbezüglich wurde die Übersetzungsentscheidung getroffen, das Beispiel im Zieltext auszulassen, da weitere Erläuterungen erforderlich geworden wären, die das Textvolumen erneut erhöht hätten. Stattdessen wurde auf folgende Formulierung zur Begründung dieser Übersetzungsentscheidung zurückgegriffen:

Das sind nur 2 Beispiele.
Sie können auch bei anderen Sachen
Ihre Vorsorge-vollmacht notariell beurkunden lassen. (ZT: 14)

Die gleiche Formulierung ist auch auf Seite 16 zu finden. In diesem Fall wurden im Ausgangs- und Zieltext die gleichen Beispiele genannt, weshalb der Formulierung noch eine zweite Funktion zukommt. Den Lesern soll allgemein vermittelt werden, dass im Text nur mit ausgewählten Beispielen zur Veranschaulichung gearbeitet wird, es aber darüber hinaus noch zahlreiche weitere Anwendungsfälle gibt.

In Leichte-Sprache-Texten spielen des Weiteren Wiederholungen eine wichtige Rolle, die dem Grundprinzip „Wichtiges und Zentrales hervorheben“ (Maaß 2015: 80f.) Rechnung tragen. Der Zieltext weist zahlreiche rekurrente syntaktische Konstruktionen auf, die vor allem für ungeübte Leser wichtig sind:

Weil Sie einen Unfall hatten.
 Oder weil Sie krank sind.
 Oder weil Sie alt sind.
 Und Sie vergessen oft Sachen. (ZT: et passim)

In diesen Passagen werden die Begriffe „Krankheit“, „Unfall“ und „Alter“ aus dem Titel des Ratgebers aufgegriffen: Den Lesern soll vor Augen geführt werden, warum Vorsorge für jeden Menschen wichtig ist. Daneben gibt es weitere Passagen, die in ihrer gesamten Umfänglichkeit immer wieder vorkommen, wie beispielsweise der Absatz „Kosten“, der bereits in Kapitel 5.1.1 thematisiert wurde. Ein weiterer Vorteil ist darin zu sehen, dass kein Blättern erforderlich wird und sich die Leser nicht erst neu in den Kontext einfinden müssen.

Vergleicht man die Wortanzahl von Ausgangs- und Zieltext¹⁵, fällt auf, dass diese sich aufgrund der im Zieltext erfolgten Informationsauswahl als fast deckungsgleich präsentieren:

	Ausgangstext	Zieltext
Wörter	6.135	6.688
Zeichen ohne Leerzeichen	40.088	39.899

*Tabelle 3: Vergleich Wortanzahl von Ausgangs- und Zieltext
 (Quelle: eigene Darstellung)*

Trotz der durch das Layout zustande kommenden 2,5-fachen Seitenzahl des Zieltexts im Vergleich zum Ausgangstext¹⁶ überschreitet die Wortanzahl des Zieltexts die des Ausgangstexts lediglich um ca. 8 %.

Wie in Kapitel 2.1.3 erläutert, wohnt Rechtstexten häufig eine gewisse Anonymisierung inne, die dadurch eliminiert wurde, dass die Leser direkt angesprochen werden. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Rezipienten den

¹⁵ Nicht in der Zählung berücksichtigt wurden das Deckblatt, das Impressum sowie der Anhang. Zahlen und Sonderzeichen wurden nicht als Wörter gezählt. Mit Mediopunkten getrennte Wörter wurden als ganze Wörter behandelt.

¹⁶ Exklusive Deckblatt, Impressum und Anhang weist der Ausgangstext 20 Seiten auf, während der Zieltext einen Umfang von 49 Seiten hat.

Text auf ihre eigene Situation beziehen und ihr Handeln dementsprechend ausrichten können. Die Anrede „Sie“ stellt im Zieltext das am häufigsten verwendete Stichwort dar, welches insgesamt 284-mal auftaucht (Zum Vergleich: das zweithäufigste Stichwort („die“) wird lediglich 151-mal verwendet). Während im Ausgangstext in den Überschriften die 1. Person Singular verwendet wird, erfolgt im Zieltext ein Wechsel in die formelle Anrede, die auch in den Antwortblöcken zu finden ist:

7. Kann ich auch mehrere Personen bevollmächtigen?

(AT: 8; Hervorhebung F.R.)

7. Dürfen Sie mehr als 1 Bevollmächtigten bestimmen?

(ZT: 19; Hervorhebung F.R.)

Auf diese Weise wird kein Umdenken von den Zieltextlesern verlangt. Die Regelvorschläge sehen allerdings vor, dass nach Verben des Sagens und Denkens ein Wechsel in die 1. Person Singular stattfinden soll (Maaß 2015: 137).

Im Zuge des Verzichts auf Synonyme wird zudem die pronominale Wiederaufnahme untersagt (Maaß 2015: 136). Personalpronomen der 1. und 2. Person sowie die Verwendung des expletiven „es“ sind hingegen gestattet (Maaß 2015: 133ff.).

Textsorte

Die für die Gesamtheit der Texte in Leichter Sprache geltenden typografischen Vorschriften führen zu Schwierigkeiten bei der Unterscheidung von Textsorten. Bredel und Maaß (2016b: 158) weisen auf die Notwendigkeit hin, der primären Adressatenschaft die Textsorte bzw. seine Funktion zu verdeutlichen. Dies wurde in der vorliegenden Broschüre durch ein Vorwort realisiert, das sowohl im Ausgangs- als auch im Zieltext zu finden ist. Im Zieltext ist es zusätzlich durch eine Überschrift gekennzeichnet, die es eindeutig ausweist: „Vorwort der Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz“ (ZT: 3). In diesem Textabschnitt gibt die niedersächsische Justizministerin einen kurzen Ausblick auf den Inhalt der Broschüre und den allgemeinen Zweck des Hefts: das Informieren der Leser über die Notwendigkeit von Vorsorge. Der Leichte-Sprache-Text verliert allerdings aufgrund seiner vereinfachten Ausdrucksweise und der erforderlichen Informationsauswahl seinen Status als Rechtstext. Maaß (2015: 142) betont die Notwendigkeit einer transparenten Darstellung dieser Reduktion der Funktionalität, weshalb im Zieltext ein Informationskasten zum Haftungsausschluss eingefügt wurde.

Dem im Regelbuch angeführten Grundprinzip „Verständlichkeit schlägt im Zweifelsfall andere Kriterien“ folgend, wird im Zieltext auf eine geschlechtergerechte Sprache verzichtet (Maaß 2015: 85f.). Über diese Entscheidung informiert ein Hinweis auf der

zweiten Seite, der zusätzlich eine Begründung enthält: „Dann kann man den Text leichter lesen“ (ZT: 2).

5.4.2 Befunde

Unzulässige pronominale Wiederaufnahme (1)

Die Vorgabe zur Vermeidung der pronominalen Wiederaufnahme wurde an einer Stelle im Zieltext missachtet. Das Substantiv „Vorsorgevollmacht“ von Seite 13 wird auf der nachfolgenden Seite durch das Personalpronomen „sie“ substituiert.

Fehlende Umwandlung in direkte Rede (3)

Des Weiteren wurde indirekte Rede verwendet:

Sie sagen dem Bevollmächtigten:
Sie möchten in ein kirchliches Pflegeheim. (ZT: 7)

Empfohlen wird eine Umwandlung in die 1. Person: „Ich möchte in ein kirchliches Pflegeheim“.

Inkonsequente Wahl der Possessivpronomen (1)

Während die Leser durch die in Frageform aufbereiteten Zwischenüberschriften direkt angesprochen werden, findet in Frage 14 ein Perspektivenwechsel statt („Wer entscheidet über meine Behandlung beim Arzt?“, ZT: 41), der die Leser verwirren könnte, weshalb eine einheitliche Gestaltung angestrebt werden sollte. In diesem Fall handelt es sich um eine Überschrift, die sich aus zwei einzelnen Fragesätzen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten zusammensetzt. Diese Fragen werden in unterschiedlichen Absätzen beantwortet, wofür die jeweils behandelte Frage aus der Überschrift vor dem entsprechenden Absatz noch einmal wiederholt wird, was eine klare Zuordnung ermöglicht. Dieses Prinzip wird auch hier angewandt, woraufhin allerdings noch einmal eine Wiederholung der Frage in der eigentlich erwünschten Form erfolgt. Dies führt dazu, dass in vier aufeinander folgenden Zeilen dieselbe Frage insgesamt dreimal wiederholt wird:

14. Wer entscheidet über meine Behandlung beim Arzt?
Was ist eine Patienten-verfügung?

Wer entscheidet über meine Behandlung beim Arzt?
Wer entscheidet über Ihre Behandlung beim Arzt?
(ZT: 41; Hervorhebung im Original)

Diese Vorgehensweise führt zu einer wirkungslosen Redundanz, die die Wortanzahl unnötig erhöht.

Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüberschriften (3)

Im Fragekomplex neun des Ausgangstexts werden zwei Fragen beantwortet, die im Zieltext allerdings in der Überschrift nicht zusammen genannt werden, wie es bei Frage 14 erfolgt ist. Im Vergleich zum ersten Fallbeispiel sind diese Textpassagen deutlich kürzer, weshalb beide Überschriften auf einer Seite abgedruckt wurden und so von den Lesern ohne Blättern erfassbar sind. Nach dem Prinzip der maximalen Kontinuität sollte hier eine einheitliche Gestaltung angestrebt werden (Bredel/Maaß 2016a: 518f.).

Im Heft gibt es vier Abschnitte, in denen die Kosten für verschiedene Dienstleistungen aufgeführt werden. Während die Abschnitte „Kosten für eine notarielle Beurkundung“ (ZT: 15) und „Kosten für eine öffentliche Beglaubigung“ (ZT: 17) einen eindeutigen Titel tragen, wurden die Abschnitte zu den Kosten für die Errichtung einer Vorsorgevollmacht und einer Patientenverfügung lediglich mit der Überschrift „Kosten“ versehen. Mit Blick auf eine verbesserte Orientierung sollte das jeweilige Bezugsdokument wie in den zuerst aufgeführten Beispielen ergänzt werden.

Mangelnde Handlungsorientierung (1)

Die Funktion des Ratgebers besteht darin, den Lesern eine Handlungsorientierung zu bieten, die aber durch die Wahl der Modalverben im nachfolgenden Beispiel mangelhaft umgesetzt wurde:

Müssen Sie die Vorsorge-vollmacht anmelden?

Sie können die Vorsorge-vollmacht anmelden. (ZT: 23; Hervorhebung im Original)

Die gestellte Frage wird nicht eindeutig beantwortet. Die Begründung erfolgt erst auf der nachfolgenden Seite. Für Personen mit einer wenig ausgeprägten Lesekompetenz kann es schwierig werden, diese Verbindung herzustellen. Daher sollte der Satz eindeutig als Begründung markiert bzw. der Aufbau des Absatzes angepasst werden.

Insgesamt spielen Modalverben sowohl im Ausgangs- als auch im Zieltext eine entscheidende Rolle. Die Leser sollen möglichst konkrete Handlungsvorschläge erhalten. Zu diesem Zweck muss deutlich ausgedrückt werden, welche Handlungen zwingend notwendig sind bzw. unter welchen Umständen verschiedene Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die hier gefundene Schwachstelle zeigt, dass ein detaillierter Abgleich beider Textversionen weitere Befunde aufdecken könnte, die diesem Zweck nicht gerecht werden.

5.5 Darstellungsebene

5.5.1 Zur Darstellungsebene

Das auffälligste optische Merkmal von Leichte-Sprache-Texten ist ihre Listenform, bei der jeder Satz auf einer neuen Zeile beginnt. Für die Sätze, die die Zeilengrenze überschreiten, gibt Maaß (2015: 144) eine Abtrennung nach syntaktischen Gruppen vor. Darüber hinaus wird die Verwendung einer serifenlosen Schriftart empfohlen (Maaß 2015: 144). Im vorliegenden Ratgeber wird im gesamten Heft die Schriftart Arial in einer einheitlichen Schriftgröße von 14 Pt. mit einem 1,5-fachen Zeilenabstand verwendet. Überschriften werden zur gesonderten Hervorhebung fett gedruckt, weisen aber trotzdem die gleiche Schriftgröße wie der Haupttext auf. Zudem wird schwarze Schrift auf einem weißen Untergrund abgedruckt. Durch diese Mittel wird der „Grundstein“ für eine optimale Perzipierbarkeit gelegt.

Die Dokumentenebene (Typographie und Layout) ist eng mit der zuvor behandelten Textebene verflochten, da die typografische Gestaltung eine entscheidende Rolle für die Verständlichkeit auf Textebene spielt. Ein wichtiges Mittel hierbei stellen die zuvor thematisierten Zwischenüberschriften dar, die zusammen mit klar ausgewiesenen Absatzmarkierungen zur Gliederung des Texts beitragen. Des Weiteren wird im Regelbuch empfohlen, auf Einrückungen zurückzugreifen, die zur Trennung der Erläuterungen und Beispiele von der Hauptargumentation dienen sollen (Maaß 2015: 143). Auf diese Weise werden Zusatzinformationen eindeutig gekennzeichnet. Dies ist von zentraler Bedeutung, da sie nicht von allen Lesern für das Verständnis benötigt werden. Stattdessen können die Rezipienten selbst entscheiden, ob sie die Einschübe womöglich überspringen und direkt zur Hauptargumentation zurückkehren wollen. Durch das Mittel der Einrückungen wird eindeutig gekennzeichnet, wann der Einschub endet, was eine Hilfestellung in Bezug auf die Orientierung darstellt. Zudem kann die Einrückung auf verschiedenen Ebenen erfolgen, indem unterschiedliche Einrückungstiefen ausgewählt werden. Dies kommt häufig bei geschachtelten Erläuterungen zum Einsatz, wie es im Beispiel auf Seite 5 im Zieltext angewandt wurde. Ein drittes Werkzeug stellen Aufzählungszeichen dar, die zum einen den Listencharakter verstärken und zum anderen die Zusammengehörigkeit von Informationen markieren (Bredel/Maaß 2016b: 162).

Wichtige Informationen werden durch verschiedene Mittel der Hervorhebung markiert. Hierfür spielt zum einen der Fettdruck eine Rolle, der im Zieltext vorrangig bei Verneinungen und bei der optischen Markierung zentraler Begriffe Verwendung findet.

Darüber hinaus wird er zur Unterstreichung von Gegensätzen genutzt. Das folgende Beispiel illustriert den Vorteil:

Sie können sich **für** die Operation entscheiden.
Sie können sich **gegen** die Operation entscheiden.
(ZT: 6; Hervorhebung im Original)

Bei diesem Beispiel handelt es sich um zwei Sätze, die strukturell identisch aufgebaut sind und sich nur durch die Konjunktionen unterscheiden. Da diese Satzkomponente allerdings für den Inhalt zentral ist, bietet es sich an, diese Stelle durch Fettdruck zu kennzeichnen und auf diese Weise den Unterschied zu verdeutlichen.

Eine weitere Form der Hervorhebung stellen Einrahmungen dar. Auf der zweiten Seite des Zieltexts werden drei Informationsblöcke durch Rahmenlinien voneinander abgegrenzt: der Hinweis zur geschlechtergerechten Sprache, der Haftungsausschluss sowie eine Information, wie allgemein bei auftretenden Fragen verfahren werden soll. Es handelt sich folglich um zentrale Informationen, die für das ganze Heft Relevanz besitzen. In Bezug auf den Wechsel der Textfunktion ist es vor allem wichtig, dass der Haftungsausschluss von den Lesern wahrgenommen wird, was durch die gesonderte Hervorhebung gewährleistet wird.

Zu nennen ist zudem der Banner „wichtig · wichtig · wichtig“ (ZT: 47/50), der zwar aus dem Ausgangstext übernommen, im Zieltext aber abweichend aufbereitet wurde. Dieser wurde in der Leichte-Sprache-Version lediglich mit Fettdruck markiert, während in der Originalversion zusätzlich auf eine farbige Markierung zurückgegriffen wurde. Auch der Banner dient der Einrahmung des Texts und gestaltet sich als sinnvoll, da es sich um Hinweise zu den nachfolgenden Formularen handelt, die vor dem Ausfüllen zur Kenntnis genommen werden sollen.

Im Regelbuch wird zudem der Einsatz von Bildern zur Stützung des Verstehensprozesses empfohlen (Maaß 2015: 146). Der Gebrauch im Zieltext ist sehr sparsam. Lediglich im Vorwort ist ein Foto zu finden, welches die Justizministerin abbildet. Auf diese Weise entsteht zum einen ein persönlicher Bezug, zum anderen wird sie als Unterstützerin des Konzepts Leichte Sprache dargestellt, die eine Art Qualitätsversprechen abgibt, was durch ihre abschließende Unterschrift erneut bestätigt wird. Das Thema „Vorsorgevollmacht“ bietet allerdings kaum Möglichkeiten für eine funktionale Bebilderung.

Das Titelblatt der Broschüre stellt hingegen einen auffälligen Kontrast zu der zurückhaltenden Gestaltung des Haupttexts dar. Es weist eine farbliche Gestaltung, verschiedene Schriftgrößen sowie Bildelemente auf. Dieser Seite kommt eine

besondere Bedeutung zu, da sie von den Lesern als erstes wahrgenommen wird. Aufgrund der nahezu identischen Aufbereitung der Titelblätter von Ausgangs- und Zieltext werden die Original- und die Leichte-Sprache-Fassung sofort miteinander in Verbindung gebracht, weshalb für einen Außenstehenden nicht sofort erkennbar ist, welche Version rezipiert wird. Auf diese Weise wird einer möglichen Stigmatisierung der Rezipienten vorgebeugt. Durch die Integration beider Versionen in einem Heft können die Leser zudem auf beide Texte zugreifen und selbst die Entscheidung treffen, welche Passagen aus welchem Text rezipiert werden. Auf der anderen Seite ergibt sich der Nachteil, dass die Leser die Textstellen nicht in einem direkten Vergleich gegenüberstellen können, da die Hefte in gebundener Form vorliegen.

Mit Blick auf die begrenzten Perzeptionsleistungen der primären Leser von Leichte-Sprache-Texten stellt sich allerdings die Frage, ob für die Leichte-Sprache-Version ein weniger reichhaltig illustriertes Titelblatt funktionaler wäre. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, dass für die Rezipienten in erster Linie der Titel der Broschüre von Bedeutung ist. Dieser wurde in einer höheren Schriftgröße abgedruckt, weshalb der Blick des Betrachters sofort auf ihn gelenkt wird. Zentral ist zusätzlich die Information, dass die Broschüre in Leichter Sprache verfasst wurde. Dieser Hinweis ist mehrfach auf dem Titelblatt zu finden; sowohl in schriftlicher Form („Wichtige Informationen zur Vorsorge-vollmacht in Leichter Sprache“, ZT: 1) als auch in Form des Signets von Inclusion Europe und des Gütesiegels der Forschungsstelle Leichte Sprache. Leser, die bereits mit dem Konzept Leichte Sprache vertraut sind, werden diese Symbole wahrnehmen und positiv bewerten, da sie die Qualität des Ratgebers bestätigen. Weitere Maßnahmen der Bebilderung wie das Paragraphenzeichen können möglicherweise von den Zieltextlesern nicht eingeordnet werden. Es ist allerdings anzunehmen, dass diese Elemente nicht weiter wahrgenommen werden und sich deshalb nicht störend auswirken.

5.5.2 Befunde

Logischer Fehler (6)

Grundsätzlich soll die Broschüre dazu dienen, die Leser über Vorsorgevollmachten aufzuklären. Die anschaulich aufgeführten Vorteile sollen die Leser dazu bewegen, ein solches Dokument zu errichten. Zu diesem Zweck wurden die erforderlichen Vordrucke im Anhang angefügt. Im Gegensatz zu den sonstigen Elementen der Broschüre wie Vorwort und Impressum wurden die Formulare nicht gesondert aufbereitet, weshalb vor dem eigentlichen Anhang zur verbesserten Orientierung eine Übersicht über die Vordrucke zu finden ist. Diese weist allerdings erhebliche Mängel auf. Nach der Einleitung („Auf den nächsten Seiten sind [...]“, ZT: 47) werden die

jeweiligen Bezeichnungen der Formulare, wie sie aus dem Text bekannt sind, mit den Ziffern 1. bis 5. untereinander aufgelistet. Vergleicht man allerdings dieses Verzeichnis mit der Reihenfolge der Dokumente im Anhang, fällt auf, dass diese nicht übereinstimmen, wodurch die beabsichtigte Orientierungsfunktion nicht erfüllt wird. Stattdessen kann die fehlerhafte Auflistung sogar dazu führen, dass letztendlich das falsche Formular ausgewählt wird. Die korrekte Zuordnung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass die Bezeichnungen der Dokumente im Anhang teilweise von den im Heft verwendeten Formulartiteln abweichen. Während der an vierter Stelle aufgelistete Vordruck den Titel „Antrag auf Eintragung einer Vorsorge·vollmacht“ (ZT: 47; Hervorhebung F.R.) trägt, ist im tatsächlichen Dokument die Bezeichnung „Antrag auf Eintragung einer Vorsorgeurkunde“ zu finden, wobei es sich zudem nicht um den Titel des Dokuments, sondern lediglich um den Untertitel handelt. Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte daher auf die im Anhang verwendeten Originaltitel hingewiesen werden.

Auch innerhalb der einzelnen Punkte kommt es zu falschen Angaben: Sowohl bei Punkt 4 als auch bei Punkt 5 wird darauf hingewiesen, dass sich die Anleitung zum Ausfüllen *hinter* dem Antrag befindet. In beiden Fällen befinden sich die Anleitungen allerdings *vor* dem Antrag.

Absatzfehler (1)

Auf Seite 14 blieben zwei Sätze in einer Zeile erhalten, wodurch die empfohlene Listenform als wichtigste Layoutregel missachtet wurde. An dieser Textstelle wird der Kostenvorteil der notariellen Beglaubigung hervorgehoben, weshalb dem zweiten Satz in dieser Zeile eine besondere Bedeutung zukommt. Durch die fehlende Trennung vom vorangestellten Satz tritt der zweite Satz allerdings hinter diesen zurück, weshalb er möglicherweise überlesen wird.

Fehlender Fettdruck (2)

Die Regelvorschläge der Forschungsstelle sehen im Zuge einer verbesserten Wahrnehmbarkeit den Fettdruck des Negationsmarkers „nicht“ vor. Im Zieltext wurde dies ausgeweitet, sodass auch Formen der k-Verneinung fett gedruckt wurden, was auch im Arbeitsbuch des Grundlagenwerks empfohlen wird (Bredel/Maaß 2016c: 59). An zwei Stellen zeigt sich die Umsetzung allerdings als inkonsequent, weshalb die Hervorhebung an den fehlenden Stellen ergänzt werden sollte.

Zusätzliche Hervorhebung (4)

Abgesehen von der Hervorhebung dieser Verneinungsmarker kann der Fettdruck zudem eingesetzt werden, um Gegensätze klar herauszustellen. Die Analyse des Zieltexts hat noch weitere Textstellen ergeben, bei denen der Fettdruck die Verständlichkeit erhöhen würde. Bei dem nachfolgenden Beispiel wurde der Fettdruck des Wortes „echte“ nachträglich hinzugefügt:

Der Bevollmächtigte muss die **echte** Vorsorge-vollmacht zeigen.
Das bedeutet:
Der Bevollmächtigte darf **keine** Kopie
von der Vorsorge-vollmacht zeigen. (ZT: 23)

Auch der Einsatz von Rahmungen könnte ausgeweitet werden. Im Ratgeber wird betont, dass Vertrauen bei der Wahl zwischen Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung eine ausschlaggebende Rolle spielt. Diese Information wird bereits mit „Wichtig ist:“ (ZT: 17) eingeleitet, könnte jedoch durch eine Rahmung noch deutlicher hervorgehoben werden.

Orthographiefehler (4)

„Leichte Sprache ist eine Varietät des Deutschen und bewegt sich innerhalb dieses Regelsystems“ (Maaß 2015: 3). Eine korrekte Orthographie wird folglich auch in Bezug auf Leichte-Sprache-Texte gefordert, weshalb eine Verbesserung der Fehler in der Broschüre von großer Bedeutung ist. In Ausnahmefällen kann sogar ein Orthographiefehler wie beispielsweise die Kleinschreibung der höfliche Anrede „Sie“ (ZT: 2) mit Blick auf die Vermeidung der pronominalen Wiederaufnahme zu Verständnisproblemen führen.

Falscher Kasus (1)

Eng damit zusammen hängt die Verwendung des falschen Kasus im Verzeichnis:

- Auf den nächsten Seiten sind:
4. Ein Antrag auf [...]
 5. Einen Antrag für [...] (ZT: 47; Hervorhebung F.R.)

Fehlender Hinweis auf Nichtverfügbarkeit in LS (5)

Um den Lesern weiterführende Informationsangebote zu bieten, wird auf verschiedene Hefte wie beispielsweise auf das Heft „Betreuungs-recht“ (ZT: 13/41) verwiesen. Da es sich bei diesen Heften allerdings um standardsprachliche Texte handelt, wird der Großteil der primären Adressatenschaft dieses Informationsangebot nicht ohne fremde Hilfe nutzen können. Um den Lesern einen Ausblick auf den erforderlichen Umgang mit diesen Quellen zu geben, sollte der Hinweis ergänzt werden, dass diese Texte (noch) nicht in Leichter Sprache verfügbar sind.

Darüber hinaus könnten Informationen darüber hilfreich sein, wo auf diese Hefte zugegriffen werden kann. Bei der Angabe von Links ergibt sich die Notwendigkeit einer ständigen Aktualisierung, die sich bei Printausgaben als schwierig gestaltet, worauf in der nachfolgenden Kategorie genauer eingegangen werden soll.

Veralteter Verweis (2)

Die im Heft eingefügten Hyperlinks sind den Lesern nur dann von Nutzen, wenn sie aktuell sind. Auf Seite 48 wird auf die Seite des Niedersächsischen Justizministeriums (www.mj.niedersachsen.de) und die Seite des Bundesministeriums für Justiz (www.bmj.de) verwiesen, woraufhin genaue Anleitungen folgen, wie auf den jeweiligen Seiten vorgegangen werden muss. Im Jahr 2013 hat es allerdings eine entscheidende Veränderung gegeben: Das BMJ wurde um den Bereich Verbraucherschutz erweitert, was Auswirkungen auf die Second Level Domain (www.bmjbv.de) sowie die Gestaltung der Seite im Allgemeinen hatte. Bei Neuauflagen muss folglich die Prüfung auf Aktualität erfolgen und die Information entsprechend angepasst werden.

Fehlende Einrückung (6)

An einigen Stellen im Zieltext fehlen die entsprechenden Einrückungen zur Abgrenzung von der Hauptargumentation. Da diese eine wirksame Lesehilfe darstellen, sollte nicht auf sie verzichtet werden. Ein Beispiel hierfür ist die zweite Seite, auf der unter anderem der Haftungsausschluss zu finden ist. Die im Ratgeber vorgeschlagene Formulierungshilfe wird in den Zieltext übernommen, während auf die entsprechenden Einrückungen verzichtet wird.

Fehlende Aufzählungszeichen (2)

Im Vorwort der Justizministerin werden zwei separate Auflistungen von Fragen bzw. Begriffen, die im Heft beantwortet bzw. erläutert werden, vorgenommen. Neben den erfolgten Einrückungen würden sich zusätzlich Aufzählungszeichen als Orientierungshilfe eignen.

Wirkungsloses Aufzählungszeichen (2)

Aufzählungszeichen erweisen sich an zwei Textstellen allerdings als wirkungslos, da sie nicht im Rahmen einer Auflistung gesetzt wurden, sondern lediglich vor Einzelsätzen stehen.

Unzulässige Hervorhebungsart (11)

Im Regelheft werden Unterstreichungen nicht zur Hervorhebung empfohlen, da sie im Gegensatz zum Hervorhebungsmittel Fettdruck in die Buchstabenerkennung eingreifen (Maaß 2015: 144). Diese Empfehlung steht im Gegensatz zu den Vorschlägen im Grundlagenwerk, in denen die Unterstreichung als geläufige und zulässige Schriftauszeichnung aufgeführt wird (Bredel/Maaß 2016a: 228f.). Betrachtet man die Anwendungsbeispiele im Zieltext, fällt auf, dass sich die Verwendung funktional begründen lässt. Die Unterstreichung wird in erster Linie gebraucht, um bei fettgedruckten Überschriften eine gesonderte Hervorhebung von Negationsmarkern zu gewährleisten. Auch die Verwendung in der Überschrift „16 wichtige Fragen zum Thema Vorsorge“ (ZT: 4; Hervorhebung im Original) gestaltet sich als funktional, da den Lesern auf diese Weise verdeutlicht wird, dass an dieser Stelle der eigentliche Ratgebertext beginnt, dem im Zieltext eine allgemeine Information zum Thema Vorsorge vorangestellt wurde. Aus diesem Grund wurde zusätzlich eine höhere Schriftgröße ausgewählt, die diesen Aspekt hervorhebt.

Am wichtigsten gestaltet sich allerdings die Verwendung dieser Hervorhebungsart bei textexternen Verweisen. Konventionell werden Unterstreichungen dabei zur Markierung von Links genutzt, wie es auf Seite 48 gehandhabt wird. In diesem Fall wäre es außerdem empfehlenswert, auf die Mediopunkte bei „Text·bau·steine“ (ZT: 48) zu verzichten, da dies zu einer starken Veränderung der Wortoptik führt und somit Wiedererkennungsprobleme hervorrufen könnte.

5.6 Synthese

Die Aufgliederung der Analyse in die Ebenen des Sprachsystems zeigt, dass grundsätzlich auf jeder Ebene Verstöße gegen Regelvorschläge der Forschungsstelle Leichte Sprache zu finden sind. Insgesamt beläuft sich die Gesamtzahl auf 166 Befunde. Betrachtet man die quantitative Verteilung auf den einzelnen Ebenen, fallen Unterschiede auf, wie die nachfolgende Grafik veranschaulicht:

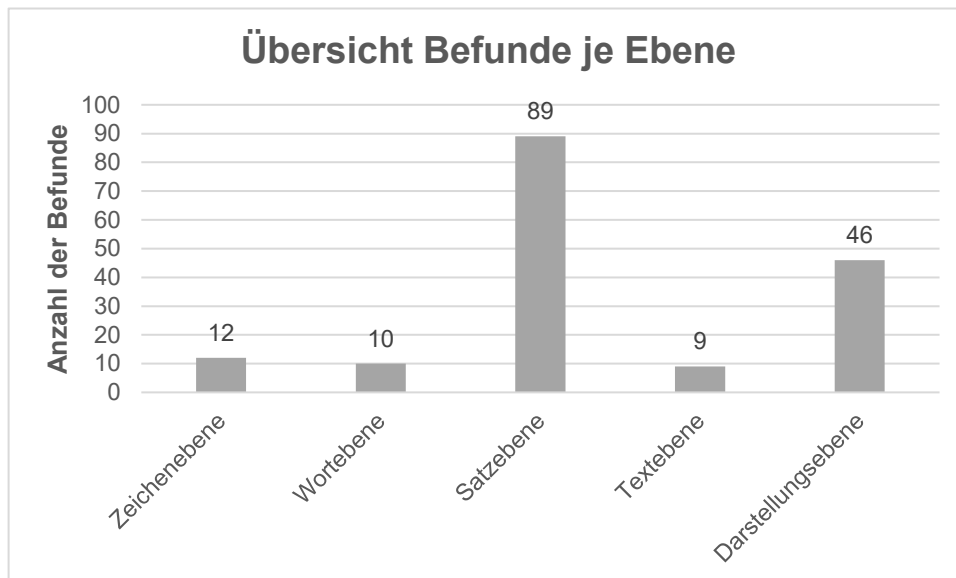


Abbildung 1: Übersicht Befunde je Ebene
(Quelle: eigene Darstellung)

Die Grafik zeigt einen Fehlerschwerpunkt auf Satzebene. 75 dieser Befunde betreffen dabei die grammatisch inkorrekte Aufbereitung der Adverbial- und Ergänzungssätze. Die überproportionale Befundanzahl lässt sich darauf zurückführen, dass es in den älteren Regelwerken vor allem an konkreten Umsetzungsempfehlungen auf Satzebene mangelt.

Des Weiteren lässt die Grafik erkennen, dass auf Textebene die geringste Anzahl von neun Befunden festzustellen ist. Diese im Vergleich zur Satzebene geringe Zahl ist in der Definition der Regeln auf dieser Ebene begründet. Zum Teil betreffen diese inhaltliche Aspekte wie die Informationsauswahl aus dem Ausgangstext. Durch die im Rahmen dieser Arbeit stattfindende Fokussierung auf den Zieltext konnten diese Regelvorschläge nicht im Detail geprüft werden.

Auch auf Zeichen- und Wortebene zeigt sich eine geringe Befundanzahl. Hier ist der Zieltext grotenteils regelkonform, obgleich berücksichtigt werden muss, dass der Regelkatalog auf diesen Ebenen jeweils nur vier Vorschläge umfasst, während er sich auf den übrigen Ebenen als deutlich umfangreicher präsentiert.

Auf Darstellungsebene kann ein zweiter Fehlerschwerpunkt festgestellt werden: Hier können insgesamt 46 Befunde verzeichnet werden. Da dieser Ebene die induktiv aufgestellten Kategorien zugeordnet wurden, die nicht auf Verstöße gegen die Regelvorschläge der Forschungsstelle zurückzuführen sind, wird ersichtlich, dass nicht alle Befunde grundsätzlich als Regelverstöße klassifiziert werden können. Stattdessen kann eine gewisse Hierarchie festgestellt werden, die in Form von Fehlerklassen¹⁷ dargestellt werden soll. Zu unterscheiden sind hier vier Klassen: *Allgemeiner Verstoß*, *Regelverstoß*, *Kontinuitätsfehler* und *Optimierung*. In die Klasse *Allgemeiner Verstoß* fallen Befunde, die gegen generelle Vorgaben der Textproduktion verstoßen. Bei einem *Regelverstoß* handelt es sich um einen konkreten Verstoß gegen Regelvorschläge aus dem Regelbuch, während diese Empfehlungen bei *Kontinuitätsfehlern* mit einigen Ausnahmen angewandt wurden. In die Klasse *Optimierung* werden letztendlich alle Befunde eingeordnet, die keine Regelverstöße darstellen, deren Überarbeitung allerdings der Verständlichkeit zuträglich wäre.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Verteilung: ¹⁸

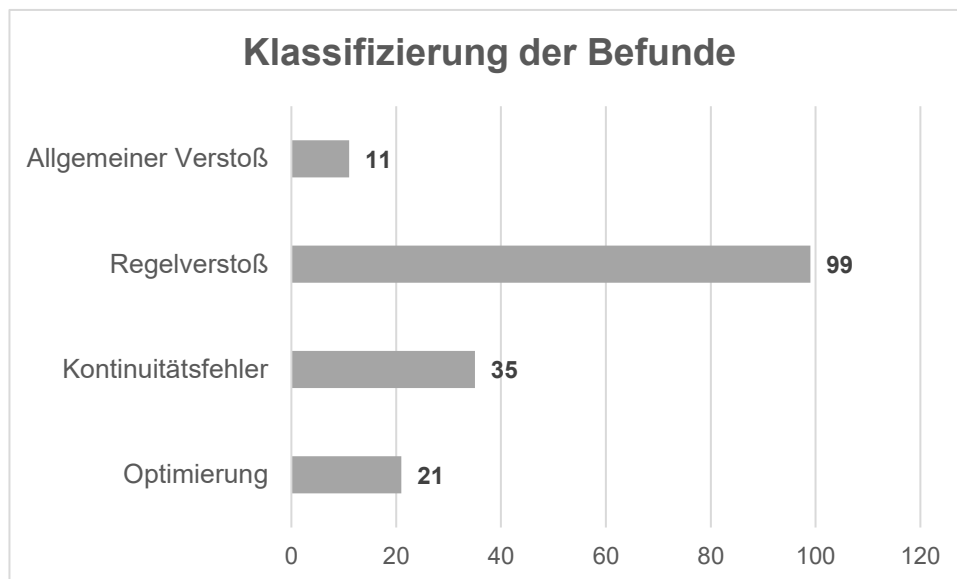


Abbildung 2: Klassifizierung der Befunde
(Quelle: eigene Darstellung)

Dieser Grafik ist zu entnehmen, dass knapp 60 % aller Befunde als Regelverstöße klassifiziert werden können. Mit Blick auf die Darstellung der einzelnen Fehlerkategorien hat sich allerdings gezeigt, dass eine bloße Anwendung des Regelwerks nicht zwangsläufig zu einer größtmöglichen Verständlichkeit führt. Stattdessen gibt es häufig Ausnahmefälle, in denen Einzelentscheidungen getroffen

¹⁷ Für die Definition der einzelnen Klassen im Detail siehe *Anhang II: Definitionen der Klassen zur Hierarchisierung der Befunde*.

¹⁸ Die erfolgte Zuordnung kann in *Anhang III: Übersicht* nachvollzogen werden.

werden müssen. In diesem Zuge werden bestimmte Regelvorschläge gegenüber anderen teilweise priorisiert bzw. aufgrund einer funktionalen Begründbarkeit ausgesetzt. Auf den Untersuchungsgegenstand bezogen, handelt es sich dabei konkret um zwölf als Ausnahmefälle klassifizierte Befunde, die nicht als „eigentliche“ Regelverstöße behandelt werden können.

In Bezug auf die 87 „tatsächlichen“ Regelverstöße sei wie in Abb. 1 darauf verwiesen, dass 75 Befunde dieser Klasse der Kategorie *Grammatischer Verstoß* zuzuordnen sind. Die mangelhafte Umformung der Adverbial- und Ergänzungssätze wirkt sich nicht zwangsläufig negativ auf die Verständlichkeit des Texts aus, verstößt allerdings gegen die deutsche Grammatik. Im Gegensatz zu den übrigen 12 Befunden, die der Klasse *Regelverstoß* zugeordnet werden, können sie zur Stigmatisierung der Rezipienten des Ratgebers beitragen.

Insgesamt können 35 Befunde als *Kontinuitätsfehler* eingestuft werden. Obwohl die dahinterstehenden Regelvorschläge im Text allgemein Anwendung gefunden haben, muss berücksichtigt werden, dass auch die vereinzelte Nichtanwendung zu Verständnisschwierigkeiten führen kann, weshalb diese Fehler beim Streben nach einer maximalen Kontinuität berücksichtigt werden müssen.

Die Grafik zeigt des Weiteren elf Befunde in der Klasse *Allgemeine Verstöße*, die sich nicht auf Regelvorschlägen der Forschungsstelle Leichte Sprache begründen, aber dennoch für das Funktionieren des Ratgebers zentral sind.

Zuletzt sind die 21 Textstellen zu nennen, welche anhand der Regelvorschläge herausgearbeitet wurden und an denen die Möglichkeit einer *Optimierung* gesehen wird. Eine Überarbeitung dieser Befunde würde die Qualität der Broschüre erneut verbessern.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend konnte durch die Analyse ermittelt werden, dass die im Regelwerk der Forschungsstelle Leichte Sprache vorgeschlagenen Regeln grundsätzlich angewandt wurden. Durch die Übersetzung fachsprachlicher Texte wurde im Rahmen des Praxisprojekts des Niedersächsischen Justizministeriums auf dem Gebiet der Fachkommunikation Pionierarbeit geleistet. Für viele Menschen hat der nach den Regeln aufbereitete Ratgeber den Informationszugang ohne Hilfe Dritter erleichtert bzw. überhaupt erst ermöglicht.

Die Erleichterung weist allerdings Einschränkungen auf: Der grundsätzlichen Regelkonformität stehen sowohl Befunde, die zur Stigmatisierung beitragen können, als auch Kontinuitätsprobleme gegenüber. Diese beiden Aspekte dürfen mit Blick auf eine Imageverbesserung des Konzepts Leichte Sprache als nicht zulässig gelten. Um dem Ziel der Erstellung „hochwertige[r], regelkonforme[r] und funktionale[r] Texte“ gerecht zu werden (Bredel/Maaß 2016a: 55), wird eine Überarbeitung des Ratgebers empfohlen. Bei diesem Prozess gilt es, vor allem der finalen Korrektur bzw. Qualitätssicherung einen höheren Stellenwert einzuräumen, um eine korrekte Orthographie sowie schlüssige Verzeichnisse zu gewährleisten. Trotz der laut Rink (2016: 265) mehrfach erfolgten Überprüfung tauchen in der abgedruckten Version noch immer formale Fehler auf. Darüber hinaus hat die Analyse deutlich gezeigt, dass die Kompetenz der Übersetzer unerlässlich ist, da abgewogen werden muss, welche Regeln im Hinblick auf die spezifische Funktion und den individuellen Kontext des Texts zur Anwendung kommen sollen.

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit steht der Zieltext des Ratgebers im Vordergrund. Darüber hinausgehend wäre ein vergleichender Ansatz, der auch den Ausgangstext fokussiert, für die inhaltliche Qualitätssicherung interessant. Auf diese Weise kann beispielsweise die im Zuge der Übersetzung erfolgte Informationsauswahl analysiert und bewertet werden. Des Weiteren kann der Aspekt der Handlungsorientierung näher betrachtet werden, da die in dieser Arbeit erfolgte Analyse bereits im Ansatz gezeigt hat, dass im Hinblick auf die Modalverben Mängel vorliegen.

Die in der Broschüre „Vorsorge-vollmacht für Unfall, Krankheit und Alter“ gefundenen Schwachstellen lassen vermuten, dass auch die weiteren aus dem Pilotprojekt hervorgegangenen Übersetzungen einer Überarbeitung bedürfen, wofür die in dieser Arbeit aufgestellte Kategorisierung als Grundlage dienen kann. Mit Blick auf die Zukunft ist es interessant zu beobachten, inwieweit die geplanten empirischen Prüfungen eine Modifizierung der Regelvorschläge notwendig machen werden.

7 Quellenverzeichnis

- Apotheken Umschau (27.01.2016): Nur wenige sorgen vor. Umfrage: Nur jeder vierte Bundesbürger hat eine Patientenverfügung, ebenso wenige haben eine Vorsorgevollmacht. <http://www.presseportal.de/pm/52678/3235555> (27.02.2017).
- Apotheken Umschau (06.11.2015): Was Sie über die Vorsorgevollmacht wissen sollten. Eine Vorsorgevollmacht legt fest, welche Vertrauensperson im medizinischen Notfall stellvertretend für den Patienten entscheiden darf. Was dabei zu beachten ist. <http://www.apotheken-umschau.de/Pflege/Was-Sie-ueber-die-Vorsorgevollmacht-wissen-sollten-226999.html> (27.02.2017).
- Biere, Bernd U. (1998): Verständlichkeit beim Gebrauch von Fachsprachen. In: Hoffmann, Lothar/Kalverkämpfer, Hartwig/Wiegand, Ernst W. (Hrsg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft. Berlin: de Gruyter, S. 402–407.
- Bock, Bettina M. (2014): Leichte Sprache. Abgrenzung, Beschreibung und Problemstellungen aus Sicht der Linguistik. In: Jekat, Susanne J./Jüngst, Heike E./Schubert, Klaus/Villiger, Claudia (Hrsg.): Sprache barrierefrei gestalten. Perspektiven aus der Angewandten Linguistik. Berlin: Frank & Timme, S. 17–51.
- Bromme, Rainer/Jucks, Regina (2014): Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Die Psychologie der Experten-Laien-Kommunikation. In: Blanz, Mathias/Florack, Arnd/Piontkowski, Ursula (Hrsg.): Kommunikation. Eine interdisziplinäre Einführung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 237–246.
- Bromme, Rainer/Jucks, Regina/Rambow, Riklef (2004): Experten-Laien-Kommunikation im Wissensmanagement. In: Reinmann, Gabi/Mandl, Heinz (Hrsg.): Der Mensch im Wissensmanagement. Psychologische Konzepte zum besseren Verständnis und Umgang mit Wissen. Göttingen: Hogrefe, S. 114–126.
- Bredel, Ursula/Maaß, Christiane (2016a): Leichte Sprache. Theoretische Grundlagen. Orientierung für die Praxis. Berlin: Dudenverlag.
- Bredel, Ursula/Maaß, Christiane (2016b): Ratgeber Leichte Sprache. Die wichtigsten Regeln und Empfehlungen für die Praxis. Berlin: Dudenverlag.

- Bredel, Ursula/Maaß, Christiane (2016c): Arbeitsbuch Leichte Sprache. Übungen für die Praxis mit Lösungen. Berlin: Dudenverlag.
- Eichhoff-Cyrus, Karin M./Antos, Gerd/Schulz, Rüdiger (Hrsg.) (2009): Wie denken die Deutschen über die Rechts- und Verwaltungssprache? Eine repräsentative Umfrage der Gesellschaft für deutsche Sprache. Wiesbaden: Gesellschaft für deutsche Sprache.
- Eckardt, Birgit (2000): Fachsprache als Kommunikationsbarriere? Verständigungsprobleme zwischen Juristen und Laien. Wiesbaden: DUV.
- Fluck, Hans-R. (1996): Fachsprachen. Einführung und Bibliographie. (UTB; 483). 5., überarb. und erw. Aufl. Tübingen, Basel: Francke.
- Fuchs-Khakhar, Christine (1987): Die Verwaltungssprache zwischen dem Anspruch auf Fachsprachlichkeit und Verständlichkeit. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Groeben, Norbert/Christmann, Ursula (1989): Textoptimierung unter Verständlichkeitsperspektive. In: Antos, Gerd/Krings, Hans P. (Hrsg.): Textproduktion. Ein interdisziplinärer Forschungsüberblick. (Konzepte der Sprach- und Literaturwissenschaft; 48). Tübingen: Niemeyer, S. 165–196.
- Groeben, Norbert (1982): Leserpsychologie: Textverständnis – Textverständlichkeit. Münster: Aschendorff.
- Hoffmann, Lothar (1985): Kommunikationsmittel Fachsprache. Eine Einführung. (Forum für Fachsprachenforschung; 1). 2., völlig neu bearb. Aufl. Tübingen: Narr.
- Kellermann, Gudrun (2014): Leichte und Einfache Sprache. Versuch einer Definition. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 64 (9–11), S. 7–10.
- Kercher, Jan (2013): Verstehen und Verständlichkeit von Politikersprache. Verbale Bedeutungsvermittlung zwischen Politikern und Bürgern. Wiesbaden: Springer.
- Langer, Inghard/Schulz von Thun, Friedemann/Tausch, Reinhard (2011): Sich verständlich ausdrücken. 9., neu gestaltete Aufl. München: Reinhardt.
- Maaß, Christiane (2015): Leichte Sprache. Das Regelbuch. (Barrierefreie Kommunikation; 1). Münster: LIT.

- Forschungsstelle Leichte Sprache (o.J.): Forschungsfelder im Überblick.
<https://www.uni-hildesheim.de/leichtesprache/forschung/> (27.02.2017).
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz.
- Möhn, Dieter/Pelka, Roland (1984): Fachsprachen. Eine Einführung. (Germanistische Arbeitshefte; 30) Tübingen: Niemeyer.
- Niedersächsisches Justizministerium (2015a): Vorsorgevollmacht für Unfall, Krankheit und Alter. 12., Aufl.
- Niedersächsisches Justizministerium (2015b): Vorsorge-vollmacht für Unfall, Krankheit und Alter. Wichtige Informationen zur Vorsorge-vollmacht in Leichter Sprache. 2., Aufl.
- Niedersächsisches Justizministerium (o.J.): Pilotprojekt Leichte Sprache in der niedersächsischen Justiz. Raus aus der Fachsprache – Rein ins Leben.
http://www.mj.niedersachsen.de/startseite/leichte_sprache/pilotprojekt_leichte_sprache_niedersaechsischen_justiz/pilotprojekt-leichte-sprache-in-der-niedersaechsischen-justiz-123609.html (25.02.2017).
- Öztürk, Asiye (2014): Leichte und einfache Sprache. Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 64 (9–11), S. 2.
- Rink, Isabel (2016): Zur Übersetzung juristischer Fachtexte in Leichte Sprache am Beispiel des Pilotprojekts „Leichte Sprache in der Niedersächsischen Justiz“. In: Mälzer, Nathalie (Hrsg.): Barrierefreie Kommunikation. Perspektiven aus Theorie und Praxis. (Kommunikation – Partizipation – Inklusion; 2). Berlin: Frank & Timme, S. 257–273.
- Roelcke, Thorsten (2010): Fachsprachen. Grundlagen der Germanistik. 3., neu bearbeitete Aufl. Berlin: Schmidt.
- Schubert, Klaus (2007): Wissen, Sprache, Medium, Arbeit. Ein integratives Modell der ein- und mehrsprachigen Fachkommunikation. (Forum für Fachsprachen-Forschung; 76). Tübingen: Narr.
- Warnke, Ingo (2001): Transferwissenschaftliche Aspekte der Schwer-verständlichkeit deutscher Gesetzestexte. In: Wichter, Sigurd/Antos, Gerd (Hrsg.): Wissenstransfer zwischen Experten und Laien. Umriss einer Transferwissenschaft. (Transferwissenschaften; 1). Frankfurt am Main: Lang, S. 193–208.

Wenig, Peter (2016): Richtig vorgesorgt mit Dokumenten. In: Hamburger Abendblatt (06.09.2016), S. 10.

8 Anhang

Anhang I: Erster Entwurf Fehlerkategorien

Zeichenebene

- unzulässiges Sonderzeichen
- ausgeschriebene Zahl

Wortebene

- fehlende Erklärung eines Fach- bzw. Fremdwortes
- schriftbasierte Abkürzung

Satzebene

- Nominalstil
- Passiv
- Genitiv (mangelhafte Umformung)
- mehrere Aussagen pro Satz
- Nebensatz/Komma (mangelhafte Auflösung von Satzgefügen)
- Konjunktiv
- Präteritum (Ausnahmen beachten!)
- wenig transparente Metapher
- k-Negation trotz Möglichkeit der n-Negation
- fehlender Fettdruck von *nicht*

Textebene

- Synonym
- Personalpronomen der 3. Person (Ausnahme höfliche Anrede)
- indirekte Rede bei Verben des Sagens und Denkens
- fehlende Orientierung (mangelhafter Einsatz von Schlagwörtern und Zwischenüberschriften)
- Erläuterung entgegen der Leserichtung
- Fehlender Haftungsausschluss

Typographie und Layout

- fehlende Listenform/fehlende Einrückung
- Serifenschrift
- Hervorhebung durch andere Mittel als durch Fettdruck
- Abtrennung im Satz innerhalb syntaktischer Gruppen
- unangebrachter Einsatz von Bildern

Allgemein: falsches Deutsch!

Anhang II: Definitionen der Klassen zur Hierarchisierung der Befunde

Verstoß gegen allgemeine Vorgaben

Fehlerkategorien dieser Klasse verstoßen gegen „übergeordnete Vorgaben“, die generell für die Textproduktion gelten, wie eine korrekte Orthographie und Grammatik. Sie werden nicht explizit im Regelbuch aufgeführt.

› Logischer Fehler	6
› Orthographiefehler	4
› Falscher Kasus	1

Regelverstoß

Fehlerkategorien dieser Klasse verstoßen gegen Vorgaben, die im Regelwerk der Forschungsstelle als unzulässig klassifiziert werden.

› Grammatischer Verstoß	75
› Unzulässiges Tempus	4
› Fehlende Umwandlung in direkte Rede	3
› Unzulässiges Genus Verbi	2
› Unzulässiges Interpunktionszeichen	2
› Unzulässiger Marker	1

Ausnahme zur Regelanwendung

In Fehlerkategorien dieser Klasse wird grundsätzlich ein Regelverstoß im oben definierten Sinne begangen, der allerdings als zulässig eingestuft wird, da er sich funktional begründen lässt und die Verständlichkeit nicht negativ beeinflusst.

› Unzulässige Hervorhebungsart	11
› Unzulässiges Interpunktionszeichen	1

Kontinuitätsfehler

In Fehlerkategorien dieser Klasse wird gegen einen Regelvorschlag verstoßen, der mit Blick auf den Gesamttext allerdings angewandt wurde.

› Fehlender Mediopunkt	9
› Umgekehrte Argumentationsrichtung	6
› Fehlende Einrückung	6
› Fehlende Erläuterung	3
› Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüberschriften	3
› Fehlender Fettdruck	2
› Fehlende Aufzählungszeichen	2

› Chronologischer Fehler	1
› Absatzfehler	1
› Unzulässige pronominale Wiederaufnahme	1
› Inkonsequente Wahl der Possessivpronomen	1

Optimierung

Bei Fehlerkategorien, die der Klasse Optimierung zugeordnet wurden, liegen grundsätzlich keine Regelverstöße vor. Dennoch konnten in diesen Kategorien Möglichkeiten der Optimierung aufgezeigt werden, weshalb eine Überarbeitung empfohlen wird.

› Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	5
› Einsparung Negation	5
› Zusätzliche Hervorhebung	4
› Kohärenzförderung	2
› Wirkungsloses Aufzählungszeichen	2
› Veralteter Verweis	2
› Mangelnde Handlungsorientierung	1

Anhang III: Übersicht

Seite im ZT	Kategorie	Ebene	Textstelle	Fehlerklasse
1	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Justizministerium	Kontinuitätsfehler
1	Unzulässiges Interpunktionszeichen	Zeichenebene	Vorsorge·vollmacht für Unfall, Krankheit und Alter	Regelverstoß
2	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Zum Beispiel: Im Text steht nur Notar. Dann kann man den Text leichter lesen. Aber auch Frauen sind gemeint.	Kontinuitätsfehler
2	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Zum Beispiel: Das Wort Notar steht im Text. Der Notar kann ein Mann sein. Aber ein Notar kann auch eine Frau sein. Die Frau heißt dann: Notarin.	Kontinuitätsfehler
2	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Das bedeutet: Mit dem Text in Leichter Sprache können sie keine Ansprüche erheben. Das Heft ist keine rechtliche Beratung.	Kontinuitätsfehler
2	Fehlende Erläuterung	Wortebene	Haftungs·ausschluss	Kontinuitätsfehler
2	Orthographiefehler	Darstellungsebene	Mit dem Text in Leichter Sprache können sie keine Ansprüche erheben.	Allgemeiner Verstoß
2	Fehlende Erläuterung	Wortebene	Ansprüche erheben	Kontinuitätsfehler
2	Fehlender Fettdruck	Darstellungsebene	Das Heft ist keine rechtliche Beratung.	Kontinuitätsfehler
3	Unzulässiges Interpunktionszeichen	Zeichenebene	Liebe Leser,	Ausnahme zur Regelanwendung
3	Unzulässiges Interpunktionszeichen	Zeichenebene	Vorsorge·vollmacht für Unfall, Krankheit und Alter	Regelverstoß
3	Unzulässiger Marker Finalsatz	Satzebene	Darum haben wir das Heft in Leichter Sprache geschrieben.	Optimierung
3	Fehlende Aufzählungszeichen	Darstellungsebene	Was ist eine Vorsorge·vollmacht? Wann brauche ich eine Vorsorge·vollmacht? Wer ist der Bevollmächtigte?	Kontinuitätsfehler
3	Fehlende Aufzählungszeichen	Darstellungsebene	Vorsorge·vollmacht. Notarielle Beurkundung. Bevollmächtigter. Und viele andere Wörter.	Kontinuitätsfehler
3	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Justizministerin	Kontinuitätsfehler

4	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie später vielleicht nicht mehr alles selbst entscheiden können.	Regelverstoß
4	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
4	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie krank sind.	Regelverstoß
4	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie alt sind.	Regelverstoß
4	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	16 wichtige Fragen zum Thema Vorsorge	Ausnahme zur Regelanwendung
5	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Wer hilft Ihnen.	Regelverstoß
5	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Und wer entscheidet für Sie.	Regelverstoß
5	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Ist Ihre Meinung dann noch wichtig.	Regelverstoß
5	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Und was wird aus Ihren Wünschen.	Regelverstoß
5	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Wer sucht für Sie einen Platz im Pflegeheim.	Regelverstoß
5	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Ein Pflegeheim ist ein Haus. In dem Haus leben Menschen. Die Menschen brauchen Pflege. Zum Beispiel medizinische Pflege.	Kontinuitätsfehler
5	Unzulässiges Tempus	Satzebene	2. Werden Ihnen Ihre Angehörigen helfen?	Regelverstoß
5	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Angehörige sind Ihre Familie. Und Ihre Freunde.	Kontinuitätsfehler
5	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	rechtsverbindliche	Kontinuitätsfehler
6	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
6	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie krank sind.	Regelverstoß
7	Fehlende Umwandlung in direkte Rede	Textebene	Sie sagen dem Bevollmächtigten: Sie möchten in ein kirchliches Pflegeheim.	Regelverstoß
8	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie krank sind.	Regelverstoß
8	Unzulässiges Genus Verbi	Satzebene	Was in einer bestimmten Situation gemacht werden soll.	Regelverstoß

8	Unzulässiges Genus Verbi	Satzebene	Und was in einer bestimmten Situation nicht gemacht werden soll.	Regelverstoß
9	Zusätzliche Hervorhebung	Darstellungsebene	Wichtig ist: Sie vertrauen dem Bevollmächtigten.	Optimierung
9	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Generalvollmacht	Kontinuitätsfehler
9	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Generalvollmacht	Kontinuitätsfehler
9	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil das Gesetz sagt:	Regelverstoß
9	Fehlendes Aufzählungszeichen	Darstellungsebene	Oder Sie können einen Gesundheits·schaden bekommen.	Kontinuitätsfehler
9	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	Das schwere Wort ist:	Kontinuitätsfehler
10	Fehlendes Aufzählungszeichen	Darstellungsebene	Oder bei einer geschlossenen Unterbringung.	Kontinuitätsfehler
10	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Generalvollmacht	Kontinuitätsfehler
11	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil der Bevollmächtigte und der Betreuer sich streiten.	Regelverstoß
11	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil es zeigt:	Regelverstoß
11	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Und weil es zeigt:	Regelverstoß
12	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie viel Geld haben.	Regelverstoß
12	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie mehr als 1 Bevollmächtigten bestimmen wollen.	Regelverstoß
12	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie dem Bevollmächtigten Anweisungen geben wollen.	Regelverstoß
12	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Wie darf der Bevollmächtigte die Vorsorge·vollmacht benutzen.	Regelverstoß
13	Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	Darstellungsebene	Heft: Betreuungs·recht	Optimierung
13	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn in Ihrer Vorsorge·vollmacht steht:	Regelverstoß
14	Unzulässige pronominale Wiederaufnahme	Textebene	Sie können sie auch notariell beglaubigen lassen.	Kontinuitätsfehler
14	Absatzfehler	Darstellungsebene	Sie können sie auch notariell beglaubigen lassen. Das ist billiger.	Kontinuitätsfehler
14	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn in Ihrer Vorsorge·vollmacht steht:	Regelverstoß

14	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	Das schwere Wort ist:	Kontinuitätsfehler
14	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Müssen Sie Ihre Vorsorge·vollmacht notariell beurkunden lassen.	Regelverstoß
14	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Oder müssen Sie Ihre Vorsorge·vollmacht nicht notariell beurkunden lassen.	Regelverstoß
15	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie wenig Geld haben.	Regelverstoß
15	Einsparung Negation	Satzebene	Dann zahlen Sie nicht viel an den Notar.	Optimierung
15	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie sehr viel Geld haben.	Regelverstoß
15	Fehlende Einrückung	Darstellungsebene	Eine Betreuungs·behörde hilft dem Betreuungs·gericht. Eine Betreuungs·behörde hilft Betreuern.	Kontinuitätsfehler
16	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn der Bevollmächtigte eine Erklärung einer Erb·ausschlagung machen soll.	Regelverstoß
16	Einsparung Negation	Satzebene	Sie nehmen das Erbe nicht an.	Optimierung
16	Einsparung Negation	Satzebene	Sie nehmen die Rechte nicht an.	Optimierung
16	Einsparung Negation	Satzebene	Und Sie nehmen die Pflichten nicht an.	Optimierung
16	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn der Bevollmächtigte einen Reise·pass für Sie beantragen soll.	Regelverstoß
16	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder wenn der Bevollmächtigte einen Personal·ausweis für Sie beantragen soll.	Regelverstoß
16	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Müssen Sie Ihre Vorsorge·vollmacht öffentlich beglaubigen lassen.	Regelverstoß
16	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Oder müssen Sie Ihre Vorsorge·vollmacht nicht öffentlich beglaubigen lassen.	Regelverstoß
17	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie wenig Geld haben.	Regelverstoß
17	Einsparung Negation	Satzebene	Dann zahlen Sie nicht viel an den Notar.	Optimierung
17	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie sehr viel Geld haben.	Regelverstoß
17	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was darf der Bevollmächtigte für Sie entscheiden.	Regelverstoß
17	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was darf der Bevollmächtigte nicht für Sie entscheiden.	Regelverstoß

17	Zusätzliche Hervorhebung	Darstellungsebene	Wichtig ist: Sie müssen dem Bevollmächtigten vertrauen. Weil der Bevollmächtigte vielleicht für Sie bis zu Ihrem Tod entscheidet.	Optimierung
17	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil der Bevollmächtigte vielleicht für Sie bis zu Ihrem Tod entscheidet.	Regelverstoß
18	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Rechtsanwalt	Kontinuitätsfehler
18	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie mehr als 1 Bevollmächtigten haben.	Regelverstoß
18	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	Einzelvertretung	Kontinuitätsfehler
18	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	Gesamtvertretung	Kontinuitätsfehler
20	Orthographiefehler	Darstellungsebene	Dann dürfen die Bevollmächtigten nur gemeinsam entscheiden.	Allgemeiner Verstoß
20	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil der Bevollmächtigte selbst krank ist.	Regelverstoß
20	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn der Bevollmächtigte nicht kann.	Regelverstoß
21	Kohärenzförderung Finalsatz	Satzebene	Der Bevollmächtigte muss wissen: Wo die Vorsorgevollmacht ist.	Optimierung
21	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie nicht mehr selbst entscheiden können.	Regelverstoß
23	Zusätzliche Hervorhebung	Darstellungsebene	Der Bevollmächtigte muss die echte Vorsorgevollmacht zeigen.	Optimierung
23	Fehlende Erläuterung	Wortebene	Depotvollmacht	Kontinuitätsfehler
23	Zusätzliche Hervorhebung	Darstellungsebene	Aber: Die Kontovollmacht reicht nicht aus. Der Bevollmächtigte braucht auch eine Vorsorgevollmacht in der steht: Der Bevollmächtigte darf über das Geld entscheiden.	Optimierung
23	Mangelnde Handlungsorientierung	Textebene	Müssen Sie die Vorsorgevollmacht anmelden? Sie können die Vorsorgevollmacht anmelden.	Optimierung
24	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Ist alles in der Vorsorgevollmacht.	Regelverstoß

24	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Oder fehlt etwas.	Regelverstoß
25	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Damit das Betreuungs·gericht dem Bevollmächtigten einen Brief schreiben kann.	Regelverstoß
26	Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüberschriften	Textebene	Kosten	Kontinuitätsfehler
26	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie mehrere Bevollmächtigte haben.	Regelverstoß
26	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Und wenn Sie die Vorsorge·vollmacht im Internet anmelden.	Regelverstoß
26	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie mehrere Bevollmächtigte haben.	Regelverstoß
26	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Und wenn Sie die Vorsorge·vollmacht mit einem Brief anmelden.	Regelverstoß
26	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie das Geld mit einem Lastschrift·einzug bezahlen.	Regelverstoß
27	Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüberschriften	Textebene	<i>Fragen werden nicht zusammen in der Überschrift genannt</i>	Kontinuitätsfehler
28	Orthographiefehler	Darstellungsebene	Dann gehen Sie zur Ihrer Bank.	Allgemeiner Verstoß
28	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie krank sind.	Regelverstoß
29	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	Das möchten Sie <u>nicht</u>.	Ausnahme zur Regelanwendung
30	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
30	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie krank sind.	Regelverstoß
30	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie alt sind.	Regelverstoß
31	Chronologischer Fehler	Wortebene	<i>Definition von „Formular“ erfolgt erst auf S. 31, obwohl der Begriff bereits auf S. 25 eingeführt wird</i>	Kontinuitätsfehler
31	Unzulässiges Tempus	Satzebene	Ein Richter vom Betreuungs·gericht wird mit Ihnen sprechen.	Regelverstoß
31	Kohärenzförderung Finalsatz	Satzebene	Der Richter muss Sie einmal selbst sehen. Der Richter kommt zu Ihnen nach Hause.	Optimierung
32	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	ärztliches Sachverständigen·gutachten	Kontinuitätsfehler

33	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
33	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie krank sind.	Regelverstoß
33	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie alt sind.	Regelverstoß
33	Wirkungsloses Aufzählungs- zeichen	Darstellungs- ebene	Wen Sie als Betreuer möchten.	Optimierung
35	Inkonsequente Aufbereitung der Zwischenüber- schriften	Textebene	Kosten	Kontinuitätsfehler
36	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie mehrere vorgeschlagene Betreuer haben.	Regelverstoß
36	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Und wenn Sie die Betreuungs-verfügung im Internet anmelden.	Regelverstoß
36	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie mehrere vorgeschlagene Betreuer haben.	Regelverstoß
36	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Und wenn Sie die Betreuungs-verfügung mit einem Brief anmelden.	Regelverstoß
36	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Wenn Sie das Geld mit einem Lastschrift-einzug bezahlen.	Regelverstoß
37	Fehlender Mediopunkt	Zeichenebene	Rechtsanwalt	Kontinuitätsfehler
38	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungs- ebene	13. Sollen Sie <u>keine</u> Vorsorge-vollmacht machen?	Ausnahme zur Regelanwendung
38	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungs- ebene	Sollen Sie <u>nur</u> eine Betreuungs-verfügung machen?	Ausnahme zur Regelanwendung
38	Unzulässiges Tempus	Satzebene	Die Person wird Ihnen helfen.	Regelverstoß
39	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Bevollmächtigten haben.	Regelverstoß
39	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungs- ebene	Das Betreuungs-gericht kontrolliert den Bevollmächtigten nicht.	Ausnahme zur Regelanwendung
39	Fehlender Fettdruck	Darstellungs- ebene	Der Bevollmächtigte darf nicht allein entscheiden:	Kontinuitätsfehler
40	Unzulässiges Tempus	Satzebene	Der Betreuer wird Ihre Sache für Sie richtig machen.	Regelverstoß
40	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie niemandem eine Vorsorge-vollmacht für Sie geben wollen.	Regelverstoß
40	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
40	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie krank sind.	Regelverstoß

40	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie alt sind.	Regelverstoß
41	Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	Darstellungsebene	Heft: Betreuungsrecht	Optimierung
41	Inkonsequente Wahl der Possessivpronomen	Textebene	14. Wer entscheidet über meine Behandlung beim Arzt?	Kontinuitätsfehler
42	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil Sie krank sind.	Regelverstoß
42	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie einen Unfall hatten.	Regelverstoß
42	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Oder weil Sie alt sind.	Regelverstoß
42	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was ist das Beste für Sie.	Regelverstoß
42	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Wollen Sie eine Operation.	Regelverstoß
42	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Oder wollen Sie vielleicht keine Operation.	Regelverstoß
43	Umgekehrte Argumentationsrichtung	Wortebene	Das schwere Wort ist:	Kontinuitätsfehler
43	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was ist das Beste für Sie.	Regelverstoß
43	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was wollen Sie haben.	Regelverstoß
43	Grammatischer Verstoß Ergänzungssatz	Satzebene	Was wollen Sie vielleicht nicht haben.	Regelverstoß
44	Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	Darstellungsebene	<i>Heft Patientenverfügung</i>	Optimierung
44	Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	Darstellungsebene	<i>Heft Christliche Patientenvorsorge</i>	Optimierung
44	Fehlender Hinweis Nichtverfügbarkeit in LS	Darstellungsebene	<i>Heft Medizinische Patientenanzwtschaft</i>	Optimierung
44	Veralteter Verweis	Darstellungsebene	<i>Heft Medizinische Patientenanzwtschaft</i>	Optimierung
45	Fehlende Umwandlung in direkte Rede	Textebene	Haben Sie alles richtig gemacht bei der Vorsorge vollmacht.	Regelverstoß
45	Fehlende Umwandlung in direkte Rede	Textebene	Vielleicht habe Sie etwas falsch gemacht.	Regelverstoß
45	Orthographiefehler	Darstellungsebene	Vielleicht habe Sie etwas falsch gemacht.	Allgemeiner Verstoß

47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	2. Eine Konto-/ Depot-vollmacht – Vorsorge-vollmacht.	Allgemeiner Verstoß
47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	3. Eine Betreuungs-verfügung.	Allgemeiner Verstoß
47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	4. Ein Antrag auf Eintragung einer Vorsorge-vollmacht im Zentralen Vorsorge-register der Bundes-notar-kammer.	Allgemeiner Verstoß
47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	4. Die Anleitung zum Ausfüllen ist hinter dem Antrag.	Allgemeiner Verstoß
47	Falscher Kasus	Darstellungsebene	5. Einen Antrag für den Bevollmächtigten.	Allgemeiner Verstoß
47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	5. Einen Antrag für den Bevollmächtigten. Oder für den vorgeschlagenen Betreuer.	Allgemeiner Verstoß
47	Logischer Fehler	Darstellungsebene	5. Die Anleitung zum Ausfüllen ist hinter dem Antrag.	Allgemeiner Verstoß
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>Service</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>Publikationen</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
48	Veralteter Verweis	Darstellungsebene	www.bmj.de	Optimierung
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>A-Z Themen</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>Gesellschaft</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>Mehr</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
48	Unzulässige Hervorhebungsart	Darstellungsebene	<u>Formulare und Text·bau·steine</u>	Ausnahme zur Regelanwendung
49	Grammatischer Verstoß Adverbialsatz	Satzebene	Weil es zeigt:	Regelverstoß
49	Wirkungsloses Aufzählungszeichen	Darstellungsebene	Sie selbst haben die Zeile durch·gestrichen.	Optimierung
50	Fehlender Mediopunkt	Satzebene	Rechtsanwalt	Kontinuitätsfehler